

der SPÖ.) Der ist auch schon lange hinausgeschmissen worden, das wissen wir, aber er kommt von Ihrer Partei, fragen Sie nur. Ich glaube wirklich, daß es zu blöd ist, wenn wir uns im Niederösterreichischen Landtag mit den Herren Janoschik und Duval beschäftigen. Das ist bei Gott nicht unsere Aufgabe, das sollen sie machen in den zuständigen Organen, dort sollen sie darüber reden, meinetwegen soll der Rechnungshof aufzeigen, wenn etwas nicht in Ordnung war, dann hat man wenigstens Begründungen, mit diesen Herren künftig anders oder gar nicht zu reden, da bin ich durchaus einverstanden. Aber das darf und kann nicht Sache des Landtages hier in dieser Sitzung sein.

Ja, meine Damen und Herren, viel mehr wäre aus meiner Sicht zu dieser Sache nicht zu sagen, als daß wir uns hier nicht mit den einzelnen Causae zu befassen haben, außer der Rechnungshof legt es uns vor, dann werden wir es tun. Aber im Augenblick sind endlich einmal die Verantwortlichkeiten dorthin zu legen, wo sie hingehören, nämlich in den Vorstand und in das Kuratorium, also in jene Organe, die dafür bestimmt sind, und nirgends andershin. Wenn wir heute bereits eine ruhigere Entwicklung in der Bank zu verzeichnen haben, **so** verdanken wir das sicherlich auch dem neuen Generaldirektor und ich bin sehr zuversichtlich, daß dieser positiv beschrittene Weg weitergehen wird. Was die Bank braucht, meine Damen und Herren, ist endlich einmal Ruhe, daß man nicht dauernd ihre Kreditwürdigkeit anzweifelt und sie damit in Schwierigkeiten bringt. Denn es sind ja bereits ganz beachtliche Gelder, beispielsweise von der **Pensionsversicherungsanstalt**, abbezogen worden im Wert von **50 Millionen Schilling**. Das zu verkraften, ist für eine Bank gar nicht so leicht. Ja, will man vielleicht damit den Beweis liefern, daß dadurch die Bank in Schwierigkeiten gekommen ist? Das wäre arg, meine Damen und Herren, da müßten wir uns dann doch sehr stark dagegen wehren. Lassen Sie den Vorstand arbeiten! Beschäftigen wir uns mit der Vergangenheit, wenn der Rechnungshofbericht vorliegt, aber für uns ist diese Angelegenheit eher eine bewältigte Vergangenheit, während der Skandal in Wien noch immer kriminelle Aktualität ist. Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT BINDER: Als nächster Redner ist der Abg. Lechner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. LECHNER: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind gewohnt, wenn sich der Dr. Bernau zu Worte meldet, daß er sich bemüht,

so ein bißchen darüberzuwischen, nicht hinzugreifen, sondern an der Oberflächlichkeit hängen-zubleiben. Herr Dr. Bernau, mit der einleitenden Feststellung der Ordnung und Sauberkeit, niemand in der ÖVP wird es geben, der so etwas deckt, was eventuell passiert sein könnte, (*Abg. Dr. Bernau: Jawohl!*) stimmen wir überein. Auch wir treten dafür ein, wir wollen diese Sauberkeit. Und wenn Sie dem Kollegen Leichtfried vorwerfen, es geht ihm um die Polemik, (*Abg. Anzenberger: Nur Polemik!*) dann muß ich Ihnen eines sagen: Der Abg. Leichtfried hat sich mit der Materie der Landes-Hypo beschäftigt zum Unterschied von Ihnen. Sie überlassen das dem Rechnungshof und sagen, wir haben dabei nichts zu reden. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Bernau: Wo hat er denn die Unterlagen her?*) Und wenn Sie uns jetzt unterschieben, Herr Dr. Bernau, daß offensichtlich die Sozialistische Partei Auftrag gegeben hat, überall Skandale zu fabrizieren, und dann das Wiener AKH dazu nennen, dann muß ich Ihnen ebenso zurückgeben, wie sehr Sie auf Polemik eingestellt sind. Aber eines, Herr Dr. Bernau, möchte ich schon dazu sagen. Wenn Sie jetzt sagen, AKH, dann müßten wir, wenn wir polemisch wären, nicht weit gehen, nur in die Steiermark, um dort einen in Schwierigkeit geratenen Landesrat aufzeigen. Herr Dr. Bernau, ich zumindest könnte mich nicht damit abfinden, daß wir einfach jetzt sagen, kehrt vor Eurer eigenen Tür, dort ist das und da ist jenes, denn dann würden wir unsere demokratischen Grundsätze in Österreich von uns aus ad absurdum führen. Es geht uns nicht darum, einfach zu sagen, der auch, (*Beifall bei der SPÖ.*) sondern hier wird untersucht. Und wenn im AKH untersucht wird und bereits eingesperrt wurde, dann lassen Sie das auf sich beruhen. Dort wird bereits eingesperrt. (*Große Unruhe und Heiterkeit bei der ÖVP. — Zweiter Präsident Binder gibt das Glockenzeichen.*) Und da komme ich jetzt auf die Organe, Herr Dr. Bernau. (*Präsident Dipl.-Ing. Robl: Ich bitte die Zuhörer auf der Galerie, sich jeder Äußerung zu enthalten.*) Die Verantwortung, sagen Sie, tragen die Organe, Herr Dr. Bernau. Wir glauben aber, daß auch der Regierungskommissär eine bestimmte Verantwortung tragen muß. Und Sie wundern sich förmlich und beschweren sich darüber, wie denn der Bericht des Ministeriums an die Öffentlichkeit kommen kann. (*Abg. Anzenberger: Einen Skandal wollt Ihr provozieren, wie immer, alle drei Wochen!*) Herr Kollege Anzenberger, Ihr Niveau ist uns so bekannt, daß ich Ihnen gar keine Antwort darauf gebe. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und Sie sagen jetzt weiters: Janoschik, Duval. (*Rufe bei*

der ÖVP: *Blinde-Kuh-Spiele machen die Kinder!* — *Landeshauptmann Maurer: Das ist die Demagogie der Sozialisten.* — *Landeshauptmannstellvertreter Czettel: Blinde Kuh spielt der Landeshauptmann! Er weiß alles und tut so, als wäre nichts! Ihr wollt nur, daß im Landtag nicht darüber geredet wird und tut so, als sei alles in Ordnung!*) Die Zwischenrufe werden ja langsam aufhören. Herr Dr. Bernau, Sie haben sich hier verabschiedet von der Bühne mit den Worten, (*Abg. Ing. Kellner: Von der Bühne? Abg. Anzenberger: Wir haben doch keine Bühne!*) man sollte doch nicht den Ruf der Bank schädigen. Ich muß Ihnen sagen, jede Bank hat den Ruf, den sie verdient, Herr Dr. Bernau.

Und wenn wir jetzt von der Anfragebeantwortung reden, Herr Landeshauptmann: Ich bin auch fast bestürzt, (*Landeshauptmann Maurer: Das sind Sie nicht zum erstenmal!*) nicht nur über die Kürze Ihrer Anfragebeantwortung, sondern auch darüber, daß Sie hier einfach sagen, das Ministerium hat zwar etwas geschrieben — da ist der Dr. Bernau wieder bestürzt über diesen Brief, daß er nämlich in die Öffentlichkeit gekommen ist — jetzt hat sich das Ministerium aber nicht mehr gerührt und daher ist anzunehmen, daß die Situation in der Hypo-Bank ganz anders ist und daß diese Feststellung in der Form gar nicht zutrifft. Wissen Sie, Herr Landeshauptmann, manche von uns sitzen kraft ihrer Funktion als Bürgermeister, Vizebürgermeister, Gemeinderäte, in den kleinen und mittleren Gemeindesparkassen und tragen dort dafür die Verantwortung, wie sich in den Sparkassen das Kreditgeschäft abspielt. Und ich sage dazu folgendes: Wir haben den großen Vorteil in diesen kleinen Sparkassen, daß wir zum Großteil jene Leute, die zu uns kommen, kennen, daß wir also in der Lage sind zu beurteilen, ist er kreditwürdig, ist er kreditfähig. Aber mir ist nicht bekannt, daß diese kleinen und mittleren Anstalten draußen auf dem Lande eines Kreditvermittlers bedürfen und daß man hier Kredite nur jenen gibt, die auf Grund gewisser guter Worte und anderer Dinge eingeführt werden als Kunden. Das gibt es draußen nicht. Wir kommen Gott sei Dank ohne diese Kreditvermittler aus. Manche nennen sie Finanzkaufleute, manche nennen sie Baulöwen, es gibt auch noch — Ludwig hat einmal, habe ich gehört, einen stärkeren Ausdruck geprägt — stärkere Antworten. (*Landeshauptmannstellvertreter Czettel: Ganoven hat er gesagt!*) Und nun, meine Damen und Herren (*Landeshauptmannstellvertreter Czettel: Ganoven hat er gesagt!*) Und nun, meine Damen und Herren (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Warum bist Du*

immer so böse?), steht noch dazu fest, daß wir draußen in den Sparkassen im Verhältnis zu einer Landes-Hypothekenanstalt genau die gleichen Risiken zu tragen haben, im Verhältnis zur Größe und zu den Krediten. Und wenn man bei der Hypo sagt, es fehlen noch die Erfahrungen aus der Umstellung von den Hypothekar- zu den Kommerzgeschäften, es fehlen die Fachleute, na da muß ich schon sagen, in den kleinen Sparkassen sitzen die Fachleute, die sich Bilanzen vorlegen lassen, sitzen die Fachleute, die beurteilen! Wo sind die Eigenmittel, wo ist die Projektfinanzierung, wie schaut das aus. Und bei der Landes-Hypo geht das auf eine andere Art.

Meine Damen und Herren, bei dieser Anfragebeantwortung ist es auch notwendig, doch noch mit einigen Sätzen auf das, was Sie nicht hören wollen, Herr Dr. Bernau, auf die Vorgänge „Operngasse“ hinzuweisen, worüber am 8. Juni 1978 hier eine große Diskussion geführt wurde. (*Abg. Dr. Bernau: Von Ihnen!*) Sie haben immer gesagt und sagen jetzt wieder, da redet man noch immer von der Operngasse. (*Abg. Dr. Bernau: Wieso denn?*) Ich muß Sie doch daran erinnern, daß damals schon die erste Kostprobe eines riskanten Geschäftes der Hypo zum Ausdruck gebracht wurde. (*Abg. Blochberger: Was ist passiert?*) Ich muß Sie daran erinnern, daß wir damals schon diese riskanten Geschäfte der Hypo aufgezeigt und in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt haben. Und spätestens damals, Herr Landeshauptmann und Herr **Landeshauptmannstellvertreter**, spätestens damals hätte Ihnen der dringende Verdacht kommen müssen, daß es zwischen verschiedenen Finanzkaufleuten, Exponenten der Landes-Hypothekenanstalt und einem gewissen Dr. Hierzenberger ein gewisses Naheverhältnis gibt, daß hier Finanzkaufleute mit Hierzenberger in Gesellschaften sitzen, Geschäftsführer sind, daß ein Direktor der Hypo mit Hierzenberger in der Heimatwerbung sitzt und Geschäftsführer oder Aufsichtsrat ist. Und da fragen wir jetzt, Herr Landeshauptmann, man hat Geschäfte abgewickelt mit Janoschik-Duval, Nachfolger bei der Gesellschaft war meistens Dr. Hierzenberger, man hat Geschäfte abgewickelt mit der Hypo, diese Leute haben ein Nahverhältnis, sitzen beim Galoppverein genauso als Präsidenten und Vizepräsidenten wie sie bei der Heimatwerbung, bei den BWA-Betrieben des ÖAAB Niederösterreichs sitzen, die Südstadt reißen sie ihm schon weg, und beide Herren, sowohl Dr. Hierzenberger, der auch mit der Hypo ein Naheverhältnis hat auf Grund seiner Funktion, und auch Direktor Müller, die so oft beisammen sind in diesen Stationen, keiner von

ihnen hat offensichtlich das Bedürfnis gehabt, über jene Kreditfälle zu reden, die nun bei der Hypo schlagend werden oder zum Teil schon schlagend geworden sind. Es ist doch interessant, daß man hier praktisch nie über diese Dinge geredet hat. Ich muß sagen, wer denn als ein Direktor der Landes-Hypothekenanstalt hätte spätestens beim zweiten Geschäft mit Janoschik-Duval erkennen müssen, wohin das ganze führt.

Und sehen Sie, ich habe gesagt, kurzer Hinweis auf die Operngasse. Schauen Sie, ich würde sagen, eine 120.000 Schilling GesmbH (*Abg. Anzenberger: Der Leichtfried hat gesagt 120 Millionen!*) — haben Sie noch nie einen Versprecher gehabt, Abg. Anzenberger — kauft ein Grundstück. Am 12. Dezember 1976 erwirbt man das Grundstück und genau am selben Tag wird schon in der Hypo ein 270 Millionen Schilling Kredit beschlossen für eine GesmbH mit 120.000 Schilling. Nach Ausstieg von Janoschik-Duval bleiben dann Rogner und Zelenka übrig, das wissen Sie alle. Aber interessant ist, Landeshauptmannstellvertreter Ludwig hatte im März 1978, das hat er zugegeben, ein Gespräch mit Generaldirektor Otta, Dir. Müller und Dr. Hierzenberger und da haben diese Herren in ihrer guten Art, dem Land immer Gutes tun zu wollen, den Herrn Landeshauptmann Ludwig davon verständigt, sie hätten etwas Passendes: „Wir haben zwar 30 Interessenten — so Ihre Aussage im Protokoll des Herrn Landeshauptmannes Ludwig —, aber wollt Ihr Euch nicht einmieten in diesem Gebäude?“ Ludwig hat gesagt, das wäre eine gute Idee, und Landeshauptmann Maurer hat dann von seinem großen Erfolg gesprochen. Auch darin hat er sich in Erfolgschancen gesehen, daß er den Ballhausplatz verscherbelt hat. (*Abg. Dr. Bernau: Gott sei Dank!*) Das sagt das „Profil“, nicht ich, Herr Landeshauptmann, Sie lesen ja das „Profil“, nicht ich, Herr Landeshauptmann, Sie lesen ja das „Profil“, verscherbelt steht dort. Nun, man muß hier die Zusammenhänge sehen von Rogner, vom 220 Millionen Schilling Werkvertrag, und dann kostet das ganze 355, und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig hat zuerst gesagt, 395 war zu teuer, die Gesellschaft Ballhausplatz hat statt 180 nur 140 zahlen wollen, darauf hat Ludwig gesagt, dann zahlen wir auch nur 355. (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Richtig!*) Und wenn Sie diese Rechnung, Herr Landeshauptmann Ludwig, jetzt als keine Subtraktion sich beidseitig vorstellen, dann ist es eigentlich vollkommen wurscht, (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Ist es gut!*) ja, insofern, ob ich jetzt vom Lande aus 395 bezahlt hätte und 180 Millionen Schilling zu-

rückbekommen hätte. (*Abg. Blochberger: Jetzt kommt er darauf, wie es geht!*) Es ist unter dem Strich vollkommen gleich. (*Landeshauptmann Maurer: 1000 Beschäftigte ordnungsgemäß untergebracht!*) Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig wollte uns nämlich beweisen, daß er die Interessen des Landes mit den 40 Millionen Schilling Reduktionen größtens und bestens vertreten hätte. (*Abg. Dr. Bernau: Das hat er selbst erzählt. Tun Sie das nicht als große Neuigkeit aufzischen!*) In Wirklichkeit 395 auf 355 minus 40 und die anderen zahlen statt 180 140. Herr Dr. Bernau, die Operngasse, die tut Ihnen immer weh. (*Abg. Dr. Bernau: Im Gegenteil!*)

Ich komme schon ein bißchen zu dem nächsten Erfolg, dem Ballhausplatz. Daß es hier beim Erwerb des Operngassengebäudes sehr eilig war, geht daraus hervor, daß der Herr Landeshauptmann Maurer am 25. April den Vertragsentwurf selbstverständlich abgeschlossen vom Dr. Hierzenberger, wie könnte es anders sein, der Landesregierung vorgelegt hat und am 24. wurde erst diese Gesellschaft errichtet, an dem Tag, wo dem Landeshauptmann der Vertragsentwurf vorgelegt wurde, hat es diese Ballhausplatz-GesmbH noch gar nicht gegeben. Am 26. April hat es dann Parteienverhandlungen über die Operngassengeschichte gegeben und komischerweise mit selben Datum ist das Gutachten des Hofrates Körner gezeichnet. Also es war so wahnsinnig eilig und am 8. Juni wurde hier mit Mehrheit beschlossen, den Ballhausplatz zu verscherbeln, jetzt wieder unter Anführungszeichen. Und wir finden jetzt, meine Damen und Herren, lauter Bekannte bei der Ballhausplatz-Minoritenplatz-Büroerrichtungs- und Verwertungsgesellschaft. Da ist drinnen Dr. Hierzenberger, den vergesse ich nie, weil er im Zusammenhang mit der Hypo aufzunehmen ist, ich nenne wieder die beiden Baulöwen, ich nenne Zelenka und Rogner und als einziger Neuer kam hinzu der Herr Architekt Möbius. Und diesmal, meine Damen und Herren, haben wir gleich ein Kompensationsgeschäft gemacht, wieder mit der Landes-Hypo, wie könnte es anders sein. Jetzt geht es um 3 Millionen Schilling Gesellschaftskapital, einbezahlt laut Abg. Leichtfried am 8. Juni 1978 allerdings nur 750.000 Schilling. Ob diese Gelder noch bei der Hypo liegen oder schon abdisponiert sind, weiß man ja nicht. Und die Hypo hat hier 140 Millionen Schilling Kredit gewährt, das ist nämlich der Betrag, den das Land von dieser Gesellschaft will, und denen hat man gleich 20 Millionen Schilling Kredit, wie man hört, dazugegeben. Das Land war ja großzügig; wie Sie sich erinnern, sind viermal 35 Millionen Schilling, 1978, 1979, 1981 und

1982, zu zahlen. Wie man hört, soll es da auch schon gewisse Schwierigkeiten geben, nämlich dieser Kredit mit 140 Millionen Schilling und 20 Millionen Schilling dazu sind ja 160 Millionen. Hier müßte man jetzt die Praktiken aufzeigen, meine Damen und Herren, die im Einvernehmen mit der Hypo sich immer wieder so abgespielt haben. Wo Janoschik-Duval, könnte man sagen, dort Hypo nicht weit. Praktik: 120 Millionen Schilling GesmbH, Grundkauf mit 100% Kredit, Projektfinanzierung mit 100%. Bei unter normalen Sparkassengrundsätzen abzuwickelnden Geschäften ist eine Projektfinanzierung von 100% fast unmöglich. Wenn jemand ein Projekt bringt und sagt, ich habe keinen Groschen, dann müßte dieses Geschäft so greifbar, so hundertprozentig sein, aber selbst dann ist das nicht branchenüblich.

Dann kommen die Provisionen, meine Damen und Herren, das ist die nächste Praktik und Station. Und dann kommt meistens der Ausstieg aus einer Gesellschaft und es kommt dann meistens der Dr. Hierzenberger sozusagen als Vertrauensmann in diese Gesellschaft.

Und bei der Operngasse, meine Damen und Herren, man muß das doch noch einmal sagen, ist doch dieser wunderbare Vergabeauftrag gewesen, daß der Geschäftsführer der Operngassen-GesmbH dem Geschäftsführer der Rogner-GesmbH einen Auftrag über 220 Millionen Schilling gegeben hat. Ein Geschäftsführer der einen Firma dem gleichen Geschäftsführer bei der anderen.

Und wenn etwas nicht läuft, meine Damen und Herren, dann kommt man eben zum Land. Diese Praktiken sind ja bei vielen Kreditvergaben gewesen.

Zur Operngasse möchte ich abschließend — das hört der Dr. Bernau gerne, wenn ich hier abschließe — sagen: Wie problematisch diese Geschichte war, geht daraus hervor, daß es noch am 10. März 1978, ungefähr zu der Zeit, wo der Herr **Landeshauptmannstellvertreter** Ludwig bereits mit der Hypo verhandelt hat, eine Studie gegeben hat über Hotelbau. Also noch am 10. März hat sich der Herr Generaldirektor Otta — nicht etwa Janoschik-Duval, der Generaldirektor der Hypo-Bank persönlich — mit einer Treuhandgesellschaft ins Einvernehmen gesetzt und da ist er dann draufgekommen, daß der Hotelbau Operngasse so riskant ist, daß man dann kurzfristig die Aussprache bei Ludwig gesucht hat. Herr **Landeshauptmannstellvertreter** Ludwig, wissen Sie, ich bin ein phantasiebegabter Mensch, (**Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Das mute ich Ihnen auch zu!**) ich

würde die Aussage, die gemacht wurde, wir haben etwas Passendes für das Land, wir haben schon 30 Interessenten, aber Ihr könnt Euch einmieten, anders formulieren. Ich würde sagen, diese Herrschaften oder Müller-Hierzenberger sind zu mir gekommen und haben gesagt, Du, Lieber Freund, bei uns brennt es, in der Hypo geht langsam aber sicher eine Bombe los, kauft das Haus, sonst bleiben wir mit 337 Millionen Schilling pikken.“ Das waren die Worte dieser Herren. Aber ich bin ja nur einer, der phantasiert. (**Beifall bei der SPÖ.**)

Es war so eilig, daß sogar das Gutachten Körner von der Operngasse GesmbH herangezogen wurde, ein eigenes lag zu der Zeit noch gar nicht vor. Auf dem Gutachten, das ich habe, Herr Landeshauptmann, ist gar kein Datum, bei Ihrem wahrscheinlich auch nicht. Und es macht auch nichts aus, meine Damen und Herren, daß der Prozeß der früheren Architekten Ladstätter, Gantar und so weiter gegen das Land Niederösterreich noch immer anhängig ist, weil, wie Sie ja wissen, das Land einfach einen Auftrag storniert hat, und wie man hört — das hat aber jetzt nichts mit Phantasie zu tun —, sollen hier schon so 12, 13 Millionen Schilling in Rede stehen.

Ich kann mich erinnern, Herr Landeshauptmann, es gab da einmal eine Formulierung, hier heraußen oder sogar im Finanzausschuß: „Das geht das Land gar nichts an, denn das übernehmen alles die da drüben bei der Ballhausplatz-Minoritenplatz-Büroerrichtungsgesellschaft.“ Ich bin neugierig, ob, sollte der Prozeß von den Architekten gewonnen werden, das Land oder die Finanzkaufleute Janoschik-Duval zur Zahlung verpflichtet werden.

Meine Damen und Herren! Hier komme ich nun schon zu den Provisionen. Sehen Sie, ich habe zuerst die kleinen Sparkassen angeführt. Unvorstellbar, habe ich gesagt, aber Janoschik-Duval erklärten ganz öffentlich dem „profil“ gegenüber, Provisionen seien doch üblich, so zwischen 5 und 10%! Da gibt es also bei der Hypo über Vermittlung dieser beiden Herren Kredite, da gibt es Aussprachen, und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig macht es sich allzu leicht, wenn er sagt: Das Kuratorium hat zu beschließen, ich bin ja nur, nur der Regierungskommissär! (**Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Na sicher! Wer sonst!**)

Herr Landeshauptmann, das nehme ich Ihnen nicht ab. (**Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Sie sind lieb, Kollege Lechner!**) Wissen Sie, erstens einmal gab es hier nicht immer Mehrheitsbeschlüsse, und zweitens einmal, muß ich dazusagen, das ist ja kein Ge-

heimnis mehr, das steht ja auch in der Zeitung, wurden an das Kuratorium praktisch Berichte erstattet, die manches verschwiegen; die zum Beispiel auch verschwiegen haben, daß es sich bei manchem Kreditnehmer um eine schwach- und schmalbrüstige GesmbH handelt, und manchmal wurde auch verschwiegen, daß die Vermittler Janoschik-Duval sind, sonst wären vielleicht manche Kuratoren früher draufgekommen, was hier gespielt wird.

Meine Damen und Herren! Wie ist die Situation jetzt? Der Herr Landeshauptmann hat heute unsere Anfrage beantwortet. Ich möchte gleich, damit ich nicht vergesse, den Antrag stellen, daß diese Beantwortung nicht zur Kenntnis genommen wird, weil sie unserer Meinung nach bei weitem nicht ausreicht. *(Abg. Dr. Bernau: Was hätten Sie da hören wollen?)* Wie ist die Situation jetzt? Sehen Sie, Herr Dr. Bernau, wir haben jetzt den Ballhausplatz weg. Ich habe das, Herr Landeshauptmann Maurer, mit dem Hausgarten einer Landwirtschaft verglichen, wo der Bauer vor seinem Haus den Garten verkauft. Das habe ich Ihnen damals zum Vorwurf gemacht. *(Landeshauptmann Maurer: Wenn er ihn gut anbringt, weshalb soll er ihn nicht verkaufen?)*

Ach so, auch den Hausgarten verkaufen Sie, da werden wir einmal mit Ihrer Frau reden, Herr Landeshauptmann und fragen, warum Sie das tun! So, aber ich muß eines sagen, Herr Landeshauptmann. *(Landeshauptmann Maurer: Weil ich ihn nicht mehr benötige! Der Vergleich hinkt!)* Es wurde der Hausgarten verkauft, Sie haben damals erklärt, unter Wahrung der Interessen des Landes. *(Landeshauptmann Maurer: Wenn ich für einen Hausgarten ein Haus bekomme?)* Hier, meine Damen und Herren, müssen wir heute die Frage stellen: Wo sind die Interessen des Landes gewahrt geblieben? Wir haben eine GesmbH, in der der Architekt Möbius erklärt: „Ich weiß gar nicht, wie ich dazugekommen bin. Es hat mich irgendein Jugendfreund, der auch drinnen ist, hineingebracht, aber ich bin weder Geschäftsmann noch Verwalter, ich bin Architekt und möchte mit der Sache, das heißt mit riskanten Geschäften nichts zu tun haben und scheide aus. *(Abg. Ing. Kellner: Bitte, wozu interessiert uns das, lieber Herr Kollege?)*

Und so werden vielleicht auch noch andere, wie man hört, aussteigen, wenn es nicht schon vertraglich feststeht; im Handelsregister sind sie noch drinnen, Kollege Kellner. Wissen Sie, ich bin da schon sehr genau. Es wurde im Kuratorium immer wieder verschwiegen, daß hier eine Gesellschaft vorhanden ist, die er-

stens einmal keine Baugenehmigung hat, zweitens einmal weiß man überhaupt nicht, wer dieses Gebäude finanzieren soll; der Architekt Möbius sagt, die Kosten für dieses Gebäude seien mit etwa 600 Millionen Schilling anzunehmen. Wenn man jetzt noch dazurechnet 140 Millionen Schilling Grundwert, 20 Millionen Schilling Kredit an die GesmbH, das sind 160 Millionen, also insgesamt 760 Millionen Schilling. Na, ja, manche sagen sogar, das Gebäude wird wahrscheinlich noch teurer kommen als 700 Millionen Schilling.

Wenn es aber nicht zum Bau kommt, meine Damen und Herren, dann gibt es ja noch eine Lösung. Nach der Satzung darf die Landes-Hypo auch Grundstücke erwerben, wenn es gar nicht anders geht nämlich. Ich gehe nicht fehl in der Annahme, daß man denkt: Es kann uns ja nichts passieren, denn wenn es nicht zum Verbauen kommt, geht die Gesellschaft mit 3 Millionen Schilling pleite, die Haftung hat ja sowieso die Landes-Hypothekenanstalt und in weiterer Folge das Land, und wenn sonst nichts passiert, dann kann die Hypo den Ballhausplatz wieder zurückbekommen! Hier, meine Damen und Herren, schließt sich dann der Kreis. Eine weitere Kombination, Kollege Kellner, möchte ich jetzt nicht anstellen, aber vielleicht kriegt der Landeshauptmann Maurer wieder seinen Hausgarten zurück. *(Beifall bei der SPÖ. — Landeshauptmann Maurer: Wenn ich für einen Hausgarten ein Haus bekomme, dann mache ich das Geschäft!)*

Herr Landeshauptmann, aber es gab vor wenigen Wochen eine ORF-Sendung, da sprach ein Redakteur Tozzer über die Baulöwen von Wien. Na ja, wenn man sich das so anhört und sieht, wie der Tozzer sagt: „Dabei sind die Geschäfte dieser Baulöwen ebenso phantasievoll wie erfolgreich. Für ein Stockwerk in einem Bürohaus, das ihm gar nicht gehört, bekam er den halben Ballhausplatz, auf Kredit natürlich. Sehen Sie nun den folgenden Bericht dazu.“ So ungefähr hat ihn Tozzer eingeleitet und hat uns den Dr. Janoschik als cleveren Geschäftsmann vorgestellt. Hier ist vielleicht eines interessant, denn manchmal gibt es auch für Krisenmanager Schwierigkeiten, so etwa, als Janoschik die Messepalastgarage und so weiter ein Jahr lang nicht aufsperrten konnte. Es hat der Abg. Leichtfried schon davon gesprochen.

Der Finanzkaufmann machte inzwischen neue Spielzüge, neue Projekte mit neuen Krediten, und nach einem guten Wurf rückte er in die Operngasse vor. Ende 1976 hatte er ein Grundstück in der Operngasse, ich glaube um 65 Millionen Schilling, gekauft. Weil dieses Grundstück 32 Jahre lang brach lag, sah

sich Janoschik veranlaßt, es abzustoßen. Mein Partner Duval und ich, so sagt Janoschik, sind fünf Monate später als Gesellschafter ausgestiegen, indem wir zwei weiteren Personen, dem Bauunternehmer Rogner und einem anderen Herrn, unsere Gesellschaftsanteile noch vor Erteilung eines Bauauftrages abgetreten haben.

Na ja, wie war das also jetzt? Sie haben das Recht, so Tozzer, auf ein Stockwerk und auf die Tiefgarage in dem zu bauenden Haus behalten. Materiell haben sie für dieses Projekt nichts auf den Tisch gelegt. Für diese Rechte, so sagten Janoschik-Duval, haben wir nichts auf den Tisch gelegt und nichts bezahlt! Jetzt steht auf dem Grundstück schon ein Haus, in dem sich Janoschik beim Ausscheiden aus der Operngasse GesmbH. Mitte 1977 kostenlos das Recht gesichert hatte, später ein Stockwerk und die Tiefgarage nützen zu können. Damit hatte Janoschik weiter einen Fuß in der GesmbH, in der er nicht mehr war. Das Grundstück und der Bau waren natürlich mit geborgtem Geld bezahlt. (Abg. Ing. Kellner: Was soll die Raubergeschichte? Das soll mir einer sagen!)

Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn wir über diese Angelegenheit sprechen, dann muß ich die Frage stellen: War Ihnen, Herr Landeshauptmann, zum Zeitpunkt der Verhandlungen Operngasse-GesmbH mit dem Land bekannt, daß Janoschik-Duval das Recht der Benützung eines Stockwerkes und der gesamten Garagen hatten? War Ihnen bekannt, daß sich die beiden dieses Recht ausbedungen hatten? Wenn Sie davon gewußt haben sollten, Herr Landeshauptmann, und Sie da noch nichts stutzig gemacht hat, dann weiß ich nicht, wo das Mißtrauen eines Menschen einmal beginnen muß! Die beiden haben dann auf einmal das Recht der Nutzung dieses Stockwerkes und der Garagen — dieses Nutzungsrecht kann ja mit 25, 30 Millionen Schilling im Verhältnis zur gesamten Operngasse angenommen werden — ausgenommen. Wenn man sich das so vorstellt — (Abg. Ing. Kellner: Ausgenommen gehabt?) jawohl ausgenommen, wurde ja hier zugegeben — dann ist jetzt die Frage ... (Abg. Anzenberger: Hat er es jetzt?)

Herr Kollege Anzenberger, seien Sie doch nicht so kindisch. Glauben Sie, der Verzicht hat nichts gekostet? Glauben Sie, der Verzicht auf ein Stockwerk und eine Garage hat nichts gekostet? Deshalb könnte man vielleicht hier die Frage stellen — dem einen oder anderen von uns ist es jetzt schon klar — warum die Operngasse nicht 220 oder 300 Millionen Schilling gekostet hat, (Landeshauptmann Maurer: Das ist die Grundlage, wenn man ein Haus

kauft, das 355 Millionen Schilling wert ist!) meine Damen und Herren, Herr Landeshauptmann, wo doch ein Werkvertrag mit 220 Millionen Schilling abgeschlossen wurde und wo der Rogner mit 50 Millionen Schilling die Baumeisterarbeiten ausgeführt hat. (Landeshauptmann Maurer: Das ist ja witzig! — Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Das sind die alten Blumen, die Du vorbringst!) Den Wert bestätigen heißt nicht überbezahlen; nicht was mir die Sache wert ist, sondern was es effektiv gekostet hat. (Landeshauptmann Maurer: Was soll ich bezahlen? Was es mir wert ist! Natürlich!)

Meine Damen und Herren! Wir haben zuerst von den Provisionen gesprochen. Der Abg. Leichtfried hat schon die Messeplatzgarage genannt, und ich möchte hier noch eine kleine Fortsetzung machen. Da gibt es eine Reihe von Kreditfällen, da gibt es zum Beispiel den Fall Tespo — ich hätte die Firma nicht genannt, wenn es nicht ohnehin schon in der Zeitung stünde: (Abg. Anzenberger: Dann haben es ohnehin alle gelesen!) 100.000 Schilling GesmbH, 20 Millionen Schilling Kredit, nicht nach Baufortschritt ausbezahlt. Die Firma ist pleite. Komischerweise auch hier wieder Kreditvermittlung Janoschik-Duval! Interessant ist noch, daß die Tochter des Geschäftsführers dieser Firma die Lebensgefährtin des Herrn Duval ist, aber der Herr Duval behauptet, damit nichts zu tun zu haben.

Da gibt es den Kreditfall Kogler, den der Abg. Leichtfried schon genannt hat. Hier wird der Landes-Hypo wahrscheinlich ein Verlust von 40 Millionen Schilling erwachsen, und es ist kein Zufall, mit Ausnahme der Operngasse, wenn man bedenkt, daß alle diese Kreditvermittlungen dem Kreditnehmer bis zu 10% Provision gekostet haben. Man muß sich das vorstellen. Der Kunde nimmt sich bei der Hypo einen Kredit von 100 Millionen Schilling auf, und — jetzt kommt meine Behauptung — es muß in der Landes-Hypothekenanstalt ja irgend jemanden gegeben haben, der für den bewilligten Kredit an die beiden Kaufleute Provisionen von 5 bis 10% ausgezahlt hat.

Die Kuratoren haben es nicht gewußt, der Landesfinanzreferent Ludwig als Regierungskommissär hat es offensichtlich auch nicht gewußt. In der Hypo muß es aber jemanden gegeben haben, der bei der Auszahlung des Kredites an die beiden Herren 10%, 10 Millionen Schilling, 11 Millionen Schilling, 3 Millionen Schilling, 5 Millionen Schilling überwiesen hat! Der Herr Dr. Janoschik macht ja gar kein Hehl daraus. Er sagt, 5 bis 10% plus 18% Mehrwertsteuer seien ja üblich. Natürlich sagt er das, und bei einem Kreditgeschäft

behauptet er sogar: Es stimmt ja gar nicht, wir haben von der Hypo keinen Schilling bekommen. Die Provisionen haben nämlich die Kreditnehmer bezahlt! Verärgert behauptet er bei den 100 Millionen Schilling an die steirische Firma nicht 10% oder gar 10 Millionen Schilling, sondern nur 6,4 Millionen Schilling erhalten zu haben. Ich frage jetzt: Ist die Provision nicht mit 10% bemessen worden, oder hat der übrige Betrag irgend welche anderen Richtungen genommen? (*Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig: Fragen Sie den Janoschik! Warum fragen Sie uns? — Abg. Kellner: Fragen Sie doch diesen!*)

Herr Kollege Kellner! Ich hätte das jetzt nicht angezogen, aber wenn Sie schon dazwischenrufen, muß ich Ihnen eines sagen: Schauen Sie, ganz ungeschoren kommen Sie da auch nicht weg. Ich habe eingangs erwähnt, es gibt verschiedene Firmen des ÖAAB. Wir haben nichts dagegen. Der Landeshauptmannstellvertreter Ludwig sagt, warum soll eine Partei keine Betriebe haben? Darunter war auch ein notleidender. Zum Beispiel die Südstadtreisen, das schöne Reisebüro. Wegen dem Reisebüro wurde darüber gestritten, ob es gekauft werden soll oder nicht.

Wissen Sie, wenn man die Zusammenhänge kennt, daß in der BWA ein Dr. Hierzenberger und ein Direktor Müller, Finanzreferent des ÖAAB, sitzen, und man dann daraufkommt, daß von den Südstadtreisen, diesem Reisebüro, das in einigen Ländern große Pleite gemacht hat, nichts mehr da ist, daß es keinen Geschäftsführer mehr gibt, nur noch ein paar alte Schreibtische und ein paar Büromädchen, und dann im Kuratorium vorgeschlagen wird, das Südstadtreisebüro auch noch zu kaufen, weil die Landes-Hypo unbedingt ein Reisebüro braucht, dann kann man sich nur wundern. (*Heiterkeit im Hause. — Abg. Zng. Schober: Herr Kollege, Sie hätten noch die Möglichkeit, von Menschenhandel zu sprechen!*)

Es gibt also gar keinen Geschäftsführer mehr und keine leitenden Beamten, und wenn man sich erkundigt, was denn dieses Büro wert ist, dann heißt es, das kostet 1,3 Millionen Schilling. (*Abg. Zng. Kellner: Ich möchte wissen, was das damit zu tun hat!*) 1,3 Millionen Schilling! Na für ein Reisebüro sind zwei Mädchen zu wenig, Kollege Schober, und dann kommt man darauf, daß eine Reisebürokonzession gar nichts wert ist; die kriegt man ja jederzeit.

Die Hypo hätte damals gekauft, das wurde beschlossen, mit Mehrheit beschlossen, nur das Ministerium hat diesen Ankauf dann abgedreht. Hierin sehe ich die ungunstigen Zusammenhänge zwischen ÖAAB-Finanzreferent

und Direktor der Hypo Müller. Hier sehe ich die Zusammenhänge auch mit Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig, denn Sie sind dort Regierungskommissär. Das muß ich Ihnen schon sagen. Es wird gejammert, die Umstellung der Hypo-Bank zur Kommerzbank gehe nicht ohne Schwierigkeiten, die Personen seien zu wenig ausgebildet. Ich habe schon erklärt, die Kleinen müssen das können, und so eine große Hypo-Bank sollte dazu nicht imstande sein?

Abschließend möchte ich sagen, der Dr. Bernau hat sich aufgeregt, daß wir den Ruf der Hypo schädigen, wenn wir diskutieren. (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Das sagt der Androsch auch!*) Herr Landeshauptmannstellvertreter und Herr Landeshauptmann! Wenn wir von den Vorgängen in der Hypo reden und sehr viel darüber geschrieben wird, ist offensichtlich manches doch nicht in Ordnung. Eines steht aber fest: Wenn ein Beamter des Ministeriums als Aufsichtsbehörde einen solchen Bericht schreibt, wie wir ihn in der Zeitung „profil“ lesen konnten, der ja nicht bestritten wird und wo praktisch die Gestion der Bank, die ganze Verwaltung, die Abwicklung der Kredite, und überhaupt alles in Frage gestellt wird, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wenn ein Sparkassendirektor irgendwo draußen von seiner Revision so einen Bericht bekommt, dann kann er abtreten, dann kann die Sparkasse zusperren, denn eine Revision, die so etwas schreibt, die zieht sich doch das nicht aus den Fingern. (*Abg. Ing. Kellner: Wo ist da ein Revisionsbericht?*)

Wenn man hierin schreibt, daß einfach alles schlecht ist, dann müßte man zumindest die Frage stellen — Herr Landeshauptmannstellvertreter, diese Frage stelle ich Ihnen jetzt: Gibt es auf Grund dieses Berichtes und auf Grund der verschiedenen Vorfälle in der Hypo personelle Veränderungen, oder reden wir nimmer davon? (*Abg. Buchinger: Welcher Bericht ist das?*) Gibt es Disziplinaruntersuchungen, und gibt es verschiedene personelle Auswirkungen, um hier endlich zu einer Lösung zu kommen?

Wir wollen im Landtag über die Hypo nicht mehr negativ debattieren, sondern wir hoffen, daß in der Landes-Hypothekenanstalt alles gemacht wird, damit dieses Institut wieder eine Bank ist, von der man sagen kann, das ist die Landes-Hypo, und zwar nicht im abwertenden Sinne. (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT BINDER: Als nächster ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig zum Wort gemeldet.

Landeshauptmannstellvertreter LÜDWIG: Verehrter Herr Präsident! Meine sehr ver-

ehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich habe heute den Eindruck, daß wir nicht zur Anfrage, die an den Landeshauptmann gestellt wurde, diskutieren, sondern über die Operngasse und über nebulöse Zusammenhänge, und wenn ich des öfteren gehört habe, „wir haben uns gut informiert“, dann frage ich mich nur, warum es überhaupt möglich ist, daß man manche Sachen diskutiert, die dem Bankgeheimnis unterliegen; aber bitte, ich will nicht darauf eingehen. Es seien fragwürdige Geschäfte, hieß es, und es wurde immer wieder die Operngasse angeführt. Ich möchte zur Operngasse eindeutig eines sagen:

Das Land war bemüht, Büroräume zu bauen oder zu erwerben, und nachdem der Ballhausplatz nicht verbaut wurde, waren wir dabei, entweder anzumieten oder zu kaufen. Es hat sich die Operngasse angeboten, und in den Verhandlungen hat das Land dem Kauf zugestimmt, wir haben 355 Millionen bezahlt und haben heute bitte 1.040 Dienstnehmer untergebracht, menschenwürdig untergebracht!

Es liegt ja gerade Ihrer Fraktion immer sehr nahe, daß humane Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich glaube, verehrte Damen und Herren, auch die Landesbediensteten haben das Anrecht, humane Arbeitsplätze zu bekommen, und wir sind sehr froh und glücklich, daß die 1.040 Dienstnehmer nun diese humanen Arbeitsplätze in der Operngasse gefunden haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wird hier sowohl vom Leichtfried als auch vom Lechner immer von den Provisionen gesprochen. Bitte, es gibt ein Kreditvermittlungsgesetz, und es kann jeder Kunde, der irgendwo zu einer Bank geht, entweder selbst die Verhandlungen führen, oder er kann sich eines Vermittlers bedienen. *(Abg. Lechner: Wenn er schlecht ist, braucht er einen Vermittler!)* Einverstanden, da gebe ich Ihnen wieder recht, Kollege Lechner! Er kann sich eines solchen bedienen. Es werden bei der Hypo nach wie vor auch über Vermittler Kreditgeschäfte getätigt.

Ich habe auch konkret gefragt, wie denn zum Beispiel der sozialistische Direktor zu den Provisionen und Vermittlergeschäften stehe, und er hat mir am 18. April 1980 mitgeteilt — hier steht es, ich möchte nicht viel verlesen —: „Grundsätzlich stehe ich Kreditvermittlern nicht negativ gegenüber, insbesondere dann, wenn es sich um Geschäfte handelt, denn wir wollen (sagt er) Geschäfte abschließen.“ Wenn Sie den Brief weiter durchlesen, dann heißt es: „Vor zehn Jahren haben wir rund 4 Milliarden Bilanzsumme gehabt,

heute haben wir eine Bilanzsumme von über 13 Milliarden.“

Wenn diese Geschäfte getätigt werden, dann glaube ich, ist jede Bank daran interessiert, solche zu bekommen. Daß aber bei manchen Geschäften auch ein Risiko vorhanden ist, dürfte ja bekannt sein. Wenn es kein Risiko gäbe, dann dürfte ja die Länderbank nicht Eumig übernommen haben. Die Länderbank hat bitte eineinhalb Milliarden Schilling hinausgegeben, und da hat es nur zwei Möglichkeiten gegeben: den Betrieb mit weiteren 3¹/₂tausend Arbeitskräften in Konkurs zu treiben und somit 3¹/₂tausend Arbeitskräfte auf die Straße zu setzen oder Lösungen zu treffen.

Ich bekenne mich auch zur Lösung der Länderbank, weil wir die Arbeitsplätze absichern wollen, verehrte Damen und Herren, und daher war auch dieser richtige Entschluß gegeben. Ich will Ihnen nur sagen, gehen Sie bitte zur CA und Sie werden sehen, 500 Millionen der Vöslauer sind ausgebucht. Oder wenn Sie gestern vielleicht den Kurier gelesen haben — ich nehme an, Sie lesen ja die Zeitungen sehr ausführlich —, na dann werden Sie auch wieder gesehen haben, daß ein Kreditinstitut allein für einen Kreditfall 350 Millionen Schilling ausgebucht hat, 350 Millionen Schilling! Ich bin auch der Meinung, daß es die Aufgabe der Kreditinstitute ist, nicht nur zu verdienen, sondern auch Risiken mitzutragen, und bei gewissen Geschäften werden eben Risiken auftreten, die beim Abschluß der Geschäfte nicht ersichtlich sind. Oder, wenn Sie wollen, ich frage Sie weiter: *(Abg. Lechner: Warum werden gerade immer mit Janoschik-Duval Geschäfte gemacht?)* Warte, ich komme schon dazu, sei nicht so nervös.

Jetzt ein weiteres Beispiel bitte. Allen, die hier im Hause sitzen, ist der Fall Eibl bekannt — Betriebe in Ebergassing, Betriebe in Krems, Land hat 85 Millionen Haftung übernommen —, und nun wissen wir, daß es ganz große Schwierigkeiten gibt. In der Bilanz des Jahres 1978 hat die Creditanstalt-Bankverein 22 Millionen ausgebucht, die Länderbank 20 Millionen ausgebucht, die Zentralsparkasse Wien 13,5 Millionen ausgebucht, die Erste Österreichische 10,2 und die Österreichische Sparkassen AG 33,8 Millionen; somit sind einmal hundert Millionen Schilling ausgebucht. Im Jahre 1979 werden weitere 118 auszubuchen sein, damit der Betrieb existieren kann. Das heißt, diese Banken tragen verantwortungsbewußt mit dazu bei, daß die Vollbeschäftigung in diesem Lande abgesichert werden kann, und es wird jetzt auch Aufgabe des Landes sein, im Falle Eibl etwas zu tun, da-

mit die Entwicklung in Krems und wenn Sie wollen in Ebergassing weitergetrieben werden kann. Ich bekenne mich auch dazu, daß die Banken etwas tun.

So wie es bei diesen Banken war, gibt es auch bei der Hypo bitte gewisse Risikofälle. Wenn alle diese Risikofälle beim Abschluß bekannt gewesen wären, dann hätte sicher der Vorstand nicht die Zustimmung gegeben und hätte sicher auch das Kuratorium nicht die Zustimmung gegeben, denn wir haben 3 Vorstände und 8 Kuratoren, und nur die beiden Organe und sonst niemand bitte sind für die Geschäftsführung verantwortlich. (*Abg. Zimmer: Es ist sogar der Kaiser dort!*) Auf Grund der Gesetze haften diese Organe auch mit ihrem Privatvermögen und sonst niemand: weder der Minister Androsch noch die Aufsichtsbehörde noch der Regierungskommissär Ludwig!

Man würde immer gerne etwas verwischen und möchte in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, na die böse Landesregierung, der Maurer, der Ludwig sind schuld! Nein bitte, und noch einmal nein! Die dort tätigen Organe sind verantwortlich, und auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen hat der Regierungskommissär nur einzuschreiten, wenn ihm bekannt ist, daß es Risikogeschäfte waren. Wenn Sie mir jetzt sagen wollen, das waren Risikogeschäfte, dann muß ich als Regierungskommissär sofort gegen die Direktoren und gegen die acht Kuratoren etwas unternehmen. Die Organe, so bin ich der Auffassung, haben im guten Glauben ihre Geschäfte getätigt, alle bitte, sonst wäre es ja nicht so weit gekommen. Daher tun Sie nicht immer jemanden herausklaubten, sondern bleiben Sie bei der Verantwortlichkeit jener, die die Verantwortung auf Grund der Gesetze zu tragen haben.

Es wird immer gefragt, ja um Gottes willen, hat der Ludwig etwas unternommen oder hat er oder die Regierung nichts unternommen? Jawohl, die Regierung wurde über die Vorgänge informiert. Ich habe sie im Mai des heurigen Jahres noch einmal informiert, und ich habe den Generaldirektor auch schriftlich angewiesen, Maßnahmen in der Bank zu setzen. Ich kann nicht warten, bis der Rechnungshof kommt. (*Abg. Leichtfried: Da kann man etwas tun!*) Sicher, damit ist ja auch etwas geschehen. Ich komme noch darauf zurück.

Ich möchte mich jetzt bitte über den Erlaß des verehrten Finanzministeriums unterhalten, und, wenn Sie wollen, auch mit der Anfrage, die hier in diesem Hause gestellt wur-

de, denn die sozialistischen Abgeordneten haben ja 3 konkrete Fragen gestellt.

Die erste Frage lautet: Ist dem Herrn Landeshauptmann ein derartiges Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen bekannt und entsprechen die Darstellungen dieses Schreibens über die Situation der Hypobank den Tatsachen?

Ich möchte beantworten: Jawohl, das Schreiben des Finanzministeriums vom 10. Dezember 1979 ist bekannt. Damit es hier keine Mißverständnisse gibt:

Als Regierungskommissär im Auftrage der Regierung habe ich mich auch mit diesem Erlaß des Finanzministeriums auseinandergesetzt. Ich habe ihn äußerst sorgfältig studiert, mußte aber feststellen, daß die Formulierungen zum Teil sehr unpräzise sind und daß nicht genau feststellbar ist, was gemeint ist. Die aufsichtsbehördlichen Anordnungen, von denen die Rede ist, sind zum Teil ganz vage gehalten; ich habe daher auch versucht, mir selber eine bessere Information zu verschaffen. Ich habe den neuen Generaldirektor Dr. Ulrich sofort nach seiner Bestellung beauftragt, sich unverzüglich über die Situation dieser Bank ein Bild zu machen, und am 2. 5. wurde mir berichtet.

Ich habe mir dann gemeinsam mit Herrn Hofrat Dr. Riemer einige Fälle noch einmal angesehen, und wir sind halt da und dort zu Klarstellungen gekommen. Zu dem Schreiben darf ich weiters feststellen, daß die in diesem Schreiben gemachten Behauptungen nur zu einem geringen Teil den Tatsachen entsprechen. Dazu im einzelnen zum Vorwurf der Verschärfung der Risikolage. Offenbar ist hier eine Verschlechterung der Risikolage gemeint. Auch ich habe in meinen Bericht in der Regierung und auch schriftlich von einer Verschlechterung der Risikolage gesprochen, und zwar ist diese Verschlechterung durch gewisse Großobligos eingetreten. Ich mußte auch feststellen, daß einzelne Großobligos im Verhältnis zum Eigenkapital der Bank zu hoch sind. Ansonsten ist die Risikolage der Bank bei den anderen Fällen in Ordnung. Ich habe daher den Auftrag gegeben, auf eine bessere Streuung der einzelnen Fälle Bedacht zu nehmen.

Zweitens zum Vorwurf der ungünstigen Gestion und der Mißstände der Darlehens- und Kreditgeschäfte. Auch hier habe ich festgestellt, daß in Darlehens- und Kreditgeschäften Gestionsmängel vorliegen, dies auch deshalb, weil entsprechende aufbau- und ablauforganisatorische Maßnahmen nicht getroffen wurden und überdies die entsprechende Ausbildung mancher Mitarbeiter auch

nicht jenes Maß erreicht hat, wie es vielleicht notwendig wäre.

Und zum Vorwurf der fehlenden Geschäftsordnung für das Kuratorium, der fehlenden Dienstabweisung und zur Satzungsanpassung. Es wurde sehr lange im Kuratorium gemeinsam mit den Direktoren, mit dem Regierungskommissär und dem Staatssekretär verhandelt, und es wird sich in ganz kurzer Zeit der Landtag mit dieser Neuformulierung der Satzung zu beschäftigen haben. Ich glaube, daß auch im Kuratorium einvernehmliche Formulierungen gefunden wurden. Es sind enorm viele Sitzungen durchgeführt worden, und wir haben uns bitte gefunden, Kollege Leichtfried! Daher verstehe ich manche Aussage, die Sie hier getroffen haben, nicht.

Zum Vorwurf, daß die allgemeinen Grundsätze des § 15 Abs. 1 KWG viel zu wenig beachtet wurden, muß ich sagen, daß es diese Grundsätze des KWG ja erst seit dem 1. Mai 1979 gibt; die Geschäfte sind ja schon 1972, 1973, 1974, 1975 getätigt worden. (*Abg. Leichtfried: Die Formulierung in diesem Gesetz gibt es nicht!*) Ich möchte Sie bitten, Herr Kollege, tun Sie hier nicht Behauptungen in den Raum stellen, die hinten und vorne nicht passen. Also diese Grundsätze gibt es seit dem 1. Mai 1979, und Sie können Gift darauf nehmen, daß alle unsere Freunde, wie sie drüben sitzen, seit dieser Zeit bemüht sind, sich diesen Grundsätzen unterzuordnen.

Dem Vorwurf der nicht ausreichenden und effizienten Besicherung der Verträge, also dieser allgemeinen Behauptung, kann ich nicht beitreten. Es sind nur einige großvolumige Ausnahmefälle, bei denen diese Grundsätze nicht beachtet wurden. Das gilt ebenso für die Offenlegungspflicht, und wenn Sie weiter auf der Behauptung über die unzureichende bankwirtschaftliche Liquidität bestehen, dann kann ich Ihnen nur sagen, diese Behauptung stimmt bitte vorne und hinten nicht und ist daher nur eine allgemeine Floskel. Die Nichterfüllung liegt aber zum Teil an reinen Formalvorschriften. Es wurde mir auch berichtet, daß inzwischen entsprechende Maßnahmen getroffen wurden, um auch die Liquidität zu den einzelnen Stichtagen herzustellen.

(*Dritter Präsident Reiter übernimmt den Vorsitz.*)

Na und zur Behauptung über die rückläufige Ertragslage würde ich bitten, bei allen Kreditinstituten in Österreich Nachschau zu halten, ob es dort eine Expansion gibt oder eine rückläufige Tendenz. Das hängt im gesamten Kreditapparat generell mit den Zinsspannen zusammen, denn wenn die Zinsspan-

nen zusammengedrückt werden, dann kann bitte der Reingewinn nicht größer werden, sondern da gibt es rückläufige Tendenzen. Das werden Sie aus den Bilanzen der anderen Kreditunternehmungen genauso feststellen können.

Die Behauptung, das Ausmaß der bereits einzelwertüberichtigenden sowie der sonstigen ausfallgefährdeten Großobligos stelle eine ernste Gefahr für die Sicherheit der Gläubiger der Bank dar, ist in dieser Form nicht haltbar und nicht richtig. Die Formulierung ist auch unklar. Aus den Erträgen bereits einzelwertberichtigter Ausleihungen — wenn sie einmal einzelwertberichtigt sind, dann ist in der Bilanz vorgesorgt, dann ist das Geld da — kann bitte keine Gefährdung der Gläubiger mehr eintreten, weil ja die Einzelwertberichtigung vorgenommen wurde. Das heißt, das Geld liegt dort, es ist noch nicht gesagt, ob die Einzelwertberichtigungen letztlich 100%ig abgeschrieben werden. Das wird sich durch die Abwicklung der einzelnen Geschäfte zeigen.

Die Kuratoren und das Direktorium haben aber zugesagt, die Einzelberichtigungen vorzunehmen, damit keinem Gläubiger etwas passiert. Eine Gefährdung stellen meines Erachtens nach nur solche Ausleihungen dar, bei denen noch nicht bekannt ist, in welcher Höhe Ausfälle an Kapital und Zinsen erfolgen können und für die noch nicht entsprechend Vorsorge durch Wertberichtigung aus dem Ertrag oder aus den Rücklagen bzw. in anderer Form getroffen ist. Dies trifft nur bei Einzelwertberichtigungen, also für die Zukunftobligos zu.

Was unter sonstigen Ausfallgefährdungen zu verstehen ist, ich muß sagen, ist unklar, auch den Bankfachleuten unklar. Es wurden im Sinne der Auflage des Bundesministeriums für Finanzen mit den Prüfern des Rechnungshofes und der Prüfungsgesellschaft ausführliche Gespräche geführt, um das Ausmaß der ausfallgefährdeten Ausleihungen festzustellen. Darüber hinaus hat die Bank selbst bei Großobligos entsprechende Betriebsprüfungen durchgeführt.

Wenn Sie bitte die Ertragslage der Bank aus dem Jahre 1979 hernehmen, dann werden Sie feststellen, daß die Hypobank einen Ertrag, einen Rohertrag von rund 90 Millionen Schilling hat, und sie wird einmal, um Einzelwertberichtigungen vorzunehmen, vorsorgend 72 Millionen davon nehmen. Daneben gibt es aber auch noch eine Rücklage von 48 Millionen, und wir werden auch diese heranziehen, ja, weil wir alles auf einmal bereinigen wollen. Sie lesen ja schon wieder Bilanz

Klosterneuburg und so weiter und so weiter — also wollen wir auch hier vorsorgen, falls etwas passieren sollte. Damit verehrte Damen und Herren, sehen Sie, daß die Wirtschaft in der Lage ist, auch für diese Fälle geradezustehen, und das Land wird nicht zur Kassa gebeten werden. Im heurigen Jahr, nehme ich an, wird auch die Bank etwas verdienen. Wenn ich die 13 Milliarden, die draußen sind, in Betracht ziehe, dann muß ja am Jahresende auch etwas da sein, und ich nehme an, daß es in dieser Bank keine großen Probleme mehr geben wird.

Verehrte Damen und Herren! Sie haben dann im zweiten Punkt gefragt: „Hat der Herr Landeshauptmann seit der Landtagsdebatte vom 8. 6. 1978, in welcher sozialistische Landtagsabgeordnete im Zusammenhang mit dem Ankauf des Amtshauses Operngasse und dem Verkauf der Liegenschaft Ballhausplatz gleichfalls risikoreiche Kreditgeschäfte der Hypobank aufgezeigt haben, Maßnahmen veranlaßt, die die Wiederholung solcher Kreditgeschäfte verhindern?“

Ich habe bereits gesagt, daß der Vorstand und das Kuratorium Anweisungen erhielten. Wenn Sie wollen, werde ich Ihnen auch diese Anordnungen zur Kenntnis bringen. Auf Grund der durch die Großobligos gestörten Risikolage ist in Hinkunft auf eine den Verpflichtungen und Eigenmitteln der Bank adäquate Risikostreuung größtes Augenmerk zu legen. Es sind unter Beachtung dieses Grundsatzes Richtlinien für die Ausleihenspolitik der Bank zu erarbeiten.

Sie sehen also, es ist vorgesorgt. Das können bitte wieder nur die zuständigen Organe durchführen, weder der Landtag, noch die Landesregierung, noch der Finanzminister, noch der Regierungskommissär, sondern bitte diese Organe! Na und da heißt es: „Wichtigste Maßnahmen, die die Wiederholung riesiger Kreditgeschäfte der genannten Art verhindern sollen.“ Das ist letztlich auch die Bestellung des Generaldirektors. Es haben sich viele um diesen Posten beworben, und es war zu überlegen, wer die Gewähr bieten wird, daß die Geschäfte ordnungsgemäß durchgeführt werden. Ich glaube, mit Dr. Ulrich wurde ein guter Griff gemacht. Alles Nähere, jede Information bitte bei den sozialistischen Kuratoren einzuholen. Diese werden sich in der Zwischenzeit vielleicht überzeugen können.

Es lautet dann die dritte Frage, verehrte Damen und Herren: „Welche Maßnahmen denkt der Herr Landeshauptmann zu setzen, um die dargestellte Situation der Hypobank zu bereinigen und eine solche Geschäftsführung der Hypo zu gewährleisten, daß weder

weitere aufsichtsbehördliche Maßnahmen notwendig werden noch daß die gemäß § 3 der Satzung der Landeshypothekenbank NÖ vorgesehene Haftung des Landes Niederösterreich zum Tragen kommt?“

Auf Grund des Geschilderten werden Sie ja hoffentlich den Eindruck gewonnen haben, daß die Bank zufolge ihrer Rücklagen, zufolge ihres Vermögens in der Lage ist, diese Risikofälle abzudecken, und daher wird das Land hier nicht in Anspruch genommen werden. Ich würde Sie bitten, weil ja der Erlaß das auslösende Moment für die öffentliche Diskussion war, die Anfragebeantwortung des Bundesministers für Finanzen im Hohen Haus herzunehmen, und ich darf Ihnen diese vielleicht nur ganz kurz zitieren, denn in dieser Angelegenheit gab es zwei Anfragen im Hohen Haus: eine Anfrage von den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei und eine von den sozialistischen Abgeordneten. Er schreibt unter Punkt 3 bitte:

„Der Bescheid war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Die Öffentlichkeit hätte daher ohne die erwähnten Publikationen mangels Kenntnisnahme auch nicht verunsichert werden können, sondern er war nur für den internen Gebrauch bestimmt.“ Das heißt mit einem Wort, er hat der Hypo einen Schuß vor den Bug gegeben, um zu trachten, daß das ganze Problem einmal durchleuchtet wird.

Dr. Bernau hat bereits gesagt, wir sind dafür, daß die Geschäfte ordnungsgemäß abgeführt werden, und ich glaube, es wird jeder gerne zur Kenntnis nehmen, daß letztlich auch alle Dienstnehmer drüben ihre Pflicht getan haben. Wenn Sie aber sagen, nein, das ist nicht so, dann klären Sie mich bitte auf, wie so die Z eine Milliarde ausbuchen muß, warum muß die Länderbank, warum die CA, warum die Erste Österreichische? Das heißt also, dort sind lauter gescheite Leute, und ist hier etwas passiert, dann sind es vielleicht lauter schlechte. Das kann ich nicht zur Kenntnis nehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil ich die Auffassung verrete, daß die Dienstnehmer da drüben in Ordnung sind.

Sie werden in meinem Auftrag an die Bank auch einen Passus finden — das war, glaube ich, der Punkt 8 oder 7 —, wo wir sagen, es ist ein entsprechend qualifizierter Sachverständiger zu bestellen, der über die Frage ein Gutachten zu erarbeiten hat, wer für die aufgezeigten Gestionsmängel verantwortlich war und bejahendenfalls, welche rechtlichen Folgerungen sich daraus ergeben. Heute aber zu sagen, diese oder jene sind die bösen Buben, diese allgemeine Verdächtigung kann ich

nicht zur Kenntnis nehmen, werde ich auch nicht zur Kenntnis nehmen!

Ich glaube, es ist ja nicht unbekannt, 3 Dienstnehmer der Bank haben selbst ein Disziplinarverfahren eingeleitet, gegen zwei wurde ein amtliches Disziplinarverfahren eingeleitet und, wenn Sie es noch weiter hören wollen, zwei wurden bis zur endgültigen Klärung beurlaubt. Also wir warten nicht, Kollege Lechner, Leichtfried usw. bis der Rechnungshof in einem Jahr kommt und vielleicht das oder jenes aufzeigt, (*Abg. Leichtfried: Sehr spät!*) das ist Ihre Auffassung Herr Kollege, und damit glauben wir, daß auch die Weichen für die Zukunft gestellt wurden. Somit hat wohl die Landesregierung gehandelt, und wir werden, verehrte Damen und Herren, auch mit dem Kreditinstitut in Zukunft weiter zusammenarbeiten, damit es im Interesse der niederösterreichischen Wirtschaft, im Interesse der dort beschäftigten Arbeitnehmer, aber auch im Interesse der Bewältigung der Strukturprobleme in den Gemeinden und im Lande Niederösterreich weiter aufwärtsgeht.

Verehrte Damen und Herren! Es sind konkrete Fragen gestellt worden, und zwar vom Kollegen Leichtfried, was wir also gemacht haben. Ich hoffe, daß die Frage bezüglich des Reisebüros beantwortet wurde. Das Reisebüro hätte gekauft werden sollen, jawohl, ist aber nicht gekauft worden, und jetzt können Sie sagen, na klar, wir Sozialisten haben es verhindert! Sie können dann weiter fragen: Wie schaut es in dieser Bank aus?

Daher werden wir — das ist auch eine Anordnung bitte — veranlassen, daß in Zukunft bei jedem Kreditfall das gesamte Kuratorium genauest zu informieren ist. (*Abg. Tribaumer: Da muß etwas nicht gestimmt haben, sonst gibt man nicht solche Weisungen!*) Ich möchte für die Zukunft ganz klare Fronten.

Liebe Frau Kollegin Tribaumer! Bitte gehen Sie in die Z, in die Länderbank und fragen Sie dort, warum sie Milliarden ausbuchen. Fragen Sie nicht mich bitte, (*Abg. Kurzbauer: Bei Semperit zum Beispiel!*) ich bin nicht für die Geschäftsführung verantwortlich, sondern für die Aufsicht, und ich möchte als Aufsichtsorgan des Landes verhindern, daß das Land zu Schaden kommt. Bisher ist das Land — und diesen Auftrag habe ich und keinen anderen — nicht zu Schaden gekommen, und wir werden alles unternehmen, daß das Land auch in Zukunft nicht zu Schaden kommt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wäre gut, verehrte Damen und Herren, wenn wir uns alle miteinander jetzt ernstlich mit den Niederösterreichproblemen auseinandersetzen würden, denn in der einen Land-

tagssitzung ist es Primmersdorf, da gibt es lauter Spekulanten im Waldkauf, in der nächsten Sitzung tun wir stundenlang umher ... (*Abg. Stangl: Nicht laut sagen, das hat niemand gesagt! — Abg. Zimper: Doch, das letzte Mal genauso wie heute!*) Moment, da hat man gesagt, jeder Bauer, der auf den Grundkauf verzichtet, hat pro Hektar 10.000 Schilling bekommen. Das muß ja untersucht werden. (*Abg. Stangl: Aber nicht in Primmersdorf!*)

Heute beschäftigen wir uns mit der Hypo. Ich bin dafür und vertrete die Auffassung, es soll alles klar auf dem Tisch liegen, denn nur dann können wir bitte gemeinsam weitergehen. Schaffen wir daher doch endlich ein Klima, wo wir uns mit den Niederösterreich-Problemen beschäftigen, denn wir wissen alle, daß wir bis Mitte 80 weitere 30.000 Arbeitsplätze brauchen, und die werden wir bitte durch diese Diskussion nicht schaffen; wir werden der Wirtschaft durch diese Diskussionen keinen einzigen Impuls geben und keinen einzigen Arbeitsplatz schaffen.

Verehrte Damen und Herren! Wir werden uns daher mit dieser Problematik sehr rasch, und zwar beide im Landtag vertretenen Parteien, auseinandersetzen, denn wir wollen die Strukturprobleme, die größtenteils bewältigt wurden, zum Abschluß bringen. Wir wollen, daß die ganze niederösterreichische Wirtschaft im Interesse der niederösterreichischen Bevölkerung floriert, und wir werden bitte mit den zwei letzten Landtagssitzungen diese Probleme nicht lösen! Daher meine echte Bitte:

Vielleicht kommen wir ab Herbst zu einer sachlichen Arbeit an diesem Rednerpult. Die nächsten Landtagswahlen sind in vier Jahren, bitte in vier Jahren, (*Abg. Stangl: In drei!*) also sind sie in 3½ Jahren, und in dieser Zeit sollen wir die Niederösterreich-Probleme lösen. Viele Probleme, das sagen Sie doch, Herr Kollege Leichtfried, sind offen. Glauben Sie, daß wir da das Waldviertler-Problem lösen? (*Abg. Leichtfried: Wenn kein Mist gemacht wird, brauchen wir das nicht tun!*) Ich glaube nicht, und es wäre gut, (*Abg. Leichtfried: Deswegen werden wir Mißstände auch aufzeigen müssen!*) wenn Sie den Standpunkt in der gesamten Sozialistischen Partei vertreten würden, denn wir sind in einer Stadt, wo zur Zeit über andere Mißstände gesprochen wird. Ich will darüber nicht reden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Daher, verehrte Damen und Herren, darf ich nur wünschen — und ich hoffe, daß wir gleicher Meinung sind —, daß es nicht da und dort zu Antragstellungen kommen muß. Sie wollen ja in der Bank immer weiter kommen, und für die Geschäftspolitik der Bank ist in

erster Linie das Direktorium, zwei ÖVP und ein Sozialist, und das Kuratorium, 5 ÖVP, zuständig. Ich sage es noch einmal, lieber Freund, Du hast die Aufgabe gehabt zu informieren. Es kann mir der Leichtfried nicht vorwerfen, daß ich mich hätte informieren sollen. Wenn dort, bis auf 3, lauter einstimmige Beschlüsse gefaßt wurden, wie sollte da bitte der Regierungskommissär Verdacht schöpfen können? (*Abg. Kaiser: Beim Ankauf Operngasse hat man es gesehen!*) Da stimmt ja etwas nicht, und so kann man nicht Politik machen.

Daher meine Bitte: Hören Sie mit der ganzen Diskussion langsam auf. Kreditinstitute brauchen Ruhe, und wenn ein Kreditinstitut Ruhe hat, dann wird es auch im Kundenkreis wieder Vertrauen bekommen! Die Hypobank NÖ ist im Reigen der 9 Hypos Österreichs die größte, und sie ist ja nicht von ungefähr groß geworden! Wenn Sie jetzt ans Rednerpult gehen und behaupten, das sei auf die 3 Sozialisten zurückzuführen und der eine Sozialist im Vorstand habe von 4 Milliarden auf 13 aufgeholt, während die anderen nur Mist gemacht haben, dann sage ich, auch das stimmt vorne und hinten nicht. Das war nur möglich durch eine gute Arbeit, und die hat es bis 1978 gegeben. Nur beim Ankauf Operngasse hat man gesagt, hallo, da ist etwas passiert. Vielleicht ist da und dort der Informationsfluß nicht so gewesen, wie er hätte sein sollen. Das gilt aber bitte für den Staatskommissär, für den Regierungskommissär genauso wie für die Kuratoren. Da gibt es nicht zweierlei Maß, und man kann nicht sagen, die haben es ja nicht gewußt, aber der hätte es wissen müssen! Die haben die Geschäftsführung, ich habe nur die Kontrolle bitte. Daher bitte ich: Hören wir damit auf! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt der Abg. Stangl.

Abg. STANGL: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das „Oje“ paßt so richtig zu einer Person, ich kann nicht behaupten, wer es war. (*Heiterkeit im Hause.*) Ich will keinen Namen nennen, aber der Abg. Zipmer weiß schon, wen es angegangen ist.

Ich darf doch zu einigen Dingen — ich hoffe sehr leidenschaftslos — Stellung nehmen. Herr Dr. Bernau, ich persönlich glaube, Sie haben sich die heutigen Ausführungen etwas zu leicht gemacht. Sie haben einige Dinge in den Raum gestellt, mit denen ich absolut nicht einverstanden bin. Ohne qualifizieren zu wollen, damit man mir nicht wieder den Lehrer vorwirft, darf ich doch einiges sagen. Es war nie die Absicht meiner Fraktion und sie wird

es auch in Zukunft nicht sein, im Niederösterreichischen Landtag ein sogenanntes Tribunal zu erreichen. (*Abg. Ing. Kellner: Wie war das?*)

Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, wir hätten zwar gute Vorbilder, wenn ich nur daran denke, daß hier sogar Sportfunktionäre diffamiert wurden und so weiter. Vielleicht erkundigen Sie sich einmal beim Kollegen Rozum und Kollegen Zipmer, wen sie schon hier genannt haben und wo ein Tribunal errichtet wurde, und das hat alles nicht gestimmt. (*Abg. Zipmer: Das hat alles gehalten, zum Unterschied von Ihren Behauptungen!*) Herr Kollege Zipmer, ein offenes Wort. Das letztmal und auch heute wieder fällt mir auf, daß gewisse Menschen, wenn ich das ganz simpel vergleichen darf, von dem am meisten reden, was sie gerne hätten, und wenn Sie über politische Moral reden, dann habe ich den Eindruck, Sie gehören zu diesen Menschen, genauso Herr Dr. Bernau. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! (*Abg. Zipmer: Ich lasse mir Rufmordpolitik nicht gefallen, Herr Kollege!*) Sie machen es sich wirklich leicht, behaupten hier ganz einfach, einer der beiden, Duval oder Janoschik, ich weiß nicht, welchen Sie gemeint haben, war sozialistisches Mitglied. Ich bin immer ein fleißiger Leser gewesen und lese wahrscheinlich die Zeitungen so wie der Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig, natürlich auch den Kurier. Und der Kurier ist nicht sozialistenfreundlich oder sozialistisch beeinflusst, sagen wir so, um es sehr vage auszudrücken, damit ich nicht den Vorwurf bekomme, einer Zeitung vielleicht zu schaden. Dort ist aber drinnengestanden, daß der Duval noch rechtzeitig, wie man im Volksmund sagt, „die Kurve gekratzt“ hat und aus der ÖVP ausgetreten ist. Nicht er ist rausgeschmissen worden, sondern nur der Herr Janoschik. Ich kann mir also nicht vorstellen, daß er von der ÖVP austritt, wenn er bei der Sozialistischen Partei Mitglied ist. (*Abg. Dr. Bernau: Das war schon vorher, Herr Kollege! Er war es wirklich!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dann gibt es noch einige offene Dinge. Daß die Anfrage berechtigt war, davon wurde ich auf weiten Strecken durch die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreter und Aufsichtskommissär Ludwig persönlich überzeugt. Es sind nämlich immer wieder einige Erklärungen gekommen, die umschrieben wurden, wie „seit der Zeit bemüht sind; wir haben seitdem entsprechende Maßnahmen gesetzt“. Ich glaube, daß die Feststellungen des Finanzministeriums vielleicht sehr grob, aber wahrlich nicht vage gehalten wurden,

denn sonst wären ja auf Grund dieser Feststellungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht gewisse Maßnahmen getroffen worden, wenn sie ohnehin null und nichtig waren. Deswegen bin ich überzeugt davon, daß die Anfrage notwendig war. Nur eines.

Es wurde heute so leichthin gesagt, na ja es ist eh alles in Ordnung! (*Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig: Das hat niemand gesagt!*) Ich bitte, gleich vorwegzunehmen, daß wir nicht gegen die Neubesetzung sind und daß ja nicht gesagt wird, wir opponieren gegen den Herrn Dr. Ulrich oder sonst wen. (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Wurde mit Mehrheit beschlossen!*) Die Arbeit des Dr. Ulrich steht bis jetzt außer Zweifel, ja, nicht daß vielleicht die Ausführungen sozialistischer Abgeordneter dazu verwendet werden, um ein Mißverhältnis zwischen dem Niederösterreichischen Landtag oder der niederösterreichischen Bevölkerung zum derzeitigen Vorstandsdirektor Dr. Ulrich herzustellen. Das möchte ich gleich ausräumen, damit dann nicht wieder ein sehr Redegewandter herausgeht und uns einiges vorwirft, was nicht zutrifft.

Herr Dr. Bernau und Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig! Ich bin kein Jurist, aber wenn heute einer ein Bankgeheimnis gebrochen hat, dann, Herr Dr. Bernau, waren Sie es mit der Feststellung vom Abzug dieser 50 Millionen Schilling durch die Pensionsversicherungsanstalt. Ich glaube, das hätte nicht in die Öffentlichkeit gehört. (*Abg. Dr. Bernau: Das ist phantastisch!*)

Sie sprechen auf der anderen Seite den Dank an die Bediensteten aus. Wir schließen uns zu einem gewissen Prozentsatz an, bis auf den Dank an einzelne Bedienstete, wo wir uns nicht anschließen können. Denn so groß können die Verdienste nicht sein, wenn man vor einigen Minuten im Radio hören mußte, daß zwei Vorstände — ich will die Namen nicht nennen, sie sind wahrscheinlich bekannt — wegen Vernachlässigung der Sorgfaltspflicht beurlaubt wurden. So in Ordnung können also die Dinge nicht sein. Das soll aber nicht heißen, daß ich mit dem Herrn Dr. Bernau nie einer Meinung bin. Ich bin in manchen Punkten vollkommen Ihrer Meinung, nur widersprechen Sie sich in der Anfragebeantwortung, wenn darin von „nicht stichhältig“ gesprochen wird, und wenn der Herr Dr. Bernau ausführt, ja, ja, durch diesen Brief wurden Alarmzeichen gesetzt, dann stimmen wir ihm zu.

Sie haben gesagt, ich habe das wortwörtlich mitgeschrieben, Dr. Otta wurde abberufen. (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: In Pension ist er gegangen!*) In der Anfrage-

beantwortung steht, „aus gesundheitlichen Gründen“. Ich weiß nicht, wie das von Ihnen ausgelegt wird, Herr Dr. Bernau. Mit „Abberufung“ selbst bin ich ja mit Ihnen einer Meinung. Auch Ihre Ausführungen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig, bestätigen mir, daß die Anfragebeantwortung, um nicht das Wort „vage“ zu gebrauchen, doch unvollständig ist, denn Sie haben zur Anfragebeantwortung eine ganz andere Stellungnahme abgegeben, als sie uns schriftlich vorliegt, nämlich ausführlicher und inhaltsreicher, auch in bezug auf die Mängel, die aufgetreten sind. Daher können wir auch diese Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis nehmen, obwohl Sie in manchen Dingen sehr abgeschweift sind. Eines steht für uns fest: Wir haben in Niederösterreich Probleme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben auch die Pflicht, Kontrolle auszuüben, Anfragen zu stellen — das sind ja keine Behauptungen —, wenn wir glauben, daß da oder dort etwas nicht in Ordnung ist. Von dieser Pflicht werden Sie uns nicht entbinden.

Die heutige Landtagssitzung ist ja typisch. Wir haben im ersten Teil vier Vorlagen verabschiedet, die sich auf Betriebe auswirken. Zwei zum Beispiel direkt und indirekt die dritte und vierte Vorlage, die sich auf das Schulwesen beziehen und so indirekt die Wirtschaft beeinflussen. Dort hat eine Gemeinsamkeit geherrscht. Ich glaube, so kann man das ja nicht machen, daß man jetzt eine Anfrage stellt, um den anderen ganz einfach den Vorwurf machen zu können, nichts zu tun und alles andere liegen zu lassen. Dagegen verwahren wir uns, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, und auch gegen die Form, wie Sie Ihre Ausführungen gebracht haben. Für uns steht fest, daß es in Einzelfällen große Risiken waren, in Einzelfällen! Sie tun ja so, als wenn wir gegen alle Kreditgewährungen oder -ausleihungen gewesen wären. Wir sind nach wie vor überzeugt, daß die Unterlagen, die den Organen zur Verfügung gestellt worden sind, mangelhaft waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren vom Finanzausschuß! Wie oft unterhalten wir uns in manchen Dingen über Bilanzen, über Kreditrückzahlungen, Kreditanalysen, nicht nur dritten Personen gegenüber, sondern auch bei Vorhaben, die das Land direkt betreffen, um dann auf den nötigen Bauzeitplan und so weiter einzugehen. Das muß auch für eine Bank gelten, und ich glaube, das hat mit einer Umstellung nichts zu tun und ist nach meiner Ansicht eine etwas zu harmlose Ausrede, denn nur mit Fremdmitteln zu finanzieren — ich will das, was schon aufgetaucht ist, nicht wie-

derholen —, glaube ich, ist auch in der Wirtschaft unüblich, um nicht zu sagen ausgeschlossen. Das hat man ja in diesem Zusammenhang bei manchen Dingen gemacht.

Eines möchte ich auch noch feststellen. Ich glaube nach wie vor, es ist gerade aus den jetzigen Feststellungen hervorgegangen, daß doch einige Dinge nicht wahrgenommen wurden, die vom Landtag bzw. von der Landesregierung in den Satzungen festgelegt wurden. Herr Regierungskommissär, ich werde jetzt absichtlich, also sehr genau, zitieren. Ich glaube, ich brauche den Begriff des Kommissärs hier nicht erklären, wir haben ihn ja mitbeschlossen: „Der Kommissär (und sein Stellvertreter) hat das Recht, gegen Beschlüsse des Kuratoriums, die gegen Gesetze, die Satzung, gegen allgemeine Anordnungen oder die Geschäftsordnung verstoßen (Sie haben gesagt, die war nicht da) oder die er für die Bank als nachteilig erachtet, Einspruch mit aufschiebender Wirkung zu erheben.“ Ich würde gerne die Frage stellen, Herr Regierungskommissär: Wie oft haben Sie Einspruch erhoben? (*Abg. Dr. Bernau: Wie oft hat das Kuratorium Einspruch erhoben?*)

Nicht einmal in den drei Fällen, die nicht einstimmig waren! Ich bin jetzt möglicherweise ein bisschen im Widerspruch mit Ihnen, (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Keine Veranlassung!*) und zwar deswegen, weil ich nicht weiß, ob der Regierungskommissär Aufträge erteilen kann. Für mich ist er derjenige, der Vorschläge machen kann, aber von einer Auftragserteilung an die Organe der Hypo steht nirgends etwas. Aber, bitte schön, Aufträge erteilt man halt lieber als Mängel feststellen. Ich glaube, das sind einige Dinge, die von uns an und für sich schon festgestellt wurden.

Was wollten wir mit dieser Anfrage trotz Ihrer Unterstellungen erreichen? Mit dieser Anfrage wollten wir erreichen, genauso wie Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter: Nicht erst warten, bis der Rechnungshof kommt, sondern Feuerwehr spielen, fünf vor zwölf, wenn ich es so nennen darf. Dieses Feuerwehrspielen fünf vor zwölf, glaube ich, ist uns doch gelungen, denn sonst hätten Sie nicht von diesem Pult „gewisse Maßnahmen“ oder „seit der Zeit bemüht man sich“ und so weiter, selbst gefordert, bzw. nach meiner Meinung unberechtigte Anordnungen gegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abschließend darf ich folgendes sagen: Für uns ist die Hypo-Bank kein parteipolitisches Problem, sondern die Hypo-Bank ist eine niederösterreichische Bank, wo wir nach den Satzungen als Land Niederösterreich die Haftung

haben. Wenn dort irgend welche Mängel auftreten, dann fühlen wir uns verpflichtet, diese Mängel, soweit wir sie nicht beweisen können, durch Anfragen zu erfahren und die in den Satzungen festgelegten Organe dazu zu bringen, die nötigen Maßnahmen einzuleiten, damit dem Land Niederösterreich nicht nur momentan, sondern auch in Zukunft durch die Tätigkeit von Personen oder Vorständen, das ist jetzt ganz egal, kein Schaden erwächst. Ich bin ganz Ihrer Meinung, Herr Landeshauptmannstellvertreter: Wenn wir die Gelder, die dort allein an Provisionen weggegangen sind, durch gute Beratung bzw. durch Vermittlung des Landes an solide Firmen gegeben hätten, dann hätten wir, wenn es sich um niederösterreichische Firmen handelt, der niederösterreichischen Bevölkerung und der niederösterreichischen Wirtschaft geholfen. So zweifle ich daran. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind der Meinung, daß leider das eingetreten ist, was der Herr Landeshauptmann, ich kann mich noch gut erinnern, hier in diesem Saal bei einer Festfeier anlässlich eines Jubiläums der Hypo-Bank, von dem Huhn mit den goldenen Eiern sagte. Er sagt: „Die goldenen Eier sind nicht da, aber einige Kuckuckseier wurden uns bereits gelegt.“ (*Beifall bei der SPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Worte gelangt der Abg. Kaiser.

Abg. KAISER: Herr Präsident! Sehr geschätzte Damen und Herren des Hohen Landtages! Es wäre jetzt verlockend und verführerisch, als Mitglied des Kuratoriums der Landes-Hypo hier einige Dinge darzulegen, um zwischen Wirklichkeit und Kombination zu unterscheiden, aber es sitzen neben dem Regierungskommissär und seinem Stellvertreter auf der Galerie die zuständigen Herren der Hypo-Bank, die unterscheiden können zwischen dem, was heute hier gesprochen wird und was in der Hypo-Bank Wirklichkeit ist. Ich bin, überzeugt davon, daß der Rechnungshofbericht alles das, was man heute noch bestreitet, was man heute noch versucht zu kaschieren, sicherlich an die Oberfläche bringen wird. Dir, lieber Herr Regierungskommissär, kann ich nur nach dem, was Du heute gesagt hast, die freundschaftliche Empfehlung geben: Gehe am Sonntag beichten! Mehr kann ich Dir nicht sagen. (*Heiterkeit bei Landeshauptmannstellvertreter Ludwig.*)

Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, hätte nicht der Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig am 29. Juni 1978 im Zuge einer sehr stürmischen Landtagsdebatte über die Operngasse gesagt: „Fragen Sie doch den

Herrn Direktor Nedeff, fragen Sie doch die sozialistischen Kuratoren Graf, Wismayr und Kaiser, warum sie die Zustimmung gegeben haben."

Meine Damen und Herren! Es wäre für mich damals sehr verlockend gewesen, mich dann zu Wort melden, aber ich war froh, daß ich mich beherrscht habe, denn ich war der Meinung, die Zeit arbeitet ja für die Wahrheit. Heute bin ich in der Lage zu sagen, warum damals dieser Beschluß einstimmig zustande gekommen ist, (*Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig: Also gestehst Du mir das auch zu!*) nämlich dadurch, weil das gesamte Kuratorium bewußt falsch informiert wurde; bewußt falsch informiert wurde! (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Ich sitze mitten drinnen!*) Was innerhalb der Fraktion hinter vorgehaltener Hand besprochen wird, das weiß ich nicht, aber im offiziellen Kuratorium wurde vom Herrn Generaldirektor der Fall als repräsentativ und keinerlei bedenklich geschildert.

Meine Damen und Herren! Inzwischen ist einige Zeit vergangen, und es wurde ein Rechtsanwalt mit der Prüfung des Antrages und des Berichtes zu dem bestimmten Zeitpunkt beauftragt. Derselbe Rechtsanwalt hat festgestellt, daß es unter Berücksichtigung des Umstandes vollkommen unvertretbar gewesen ist oder gar von fahrlässiger Krida gesprochen werden kann, noch ein weiteres Darlehen zu geben. Die Berichterstattung des Herrn Generaldirektors im gleichen Fall: Alles in bester Ordnung!

Meine Damen und Herren! Solche Praktiken sind mehr als betrüblich. Ich könnte das x-beliebig fortsetzen. Ich will es aber nicht tun, weil ich mir meiner Verantwortung im Kuratorium voll bewußt bin. Ich bin vielleicht heute einer von jenen, der relativ viel über die Vorgänge weiß, aber am wenigsten hier sagen darf. Sie können sich also vorstellen, daß es in mir innerlich ein bisserl zuckt, aber ich nehme das eben zur Kenntnis. Ich möchte aber doch noch einige Dinge hier deponieren. Warum ist das ganze eigentlich ins Rollen gekommen, was sich rund um die Hypo-Bank und in der Hypo-Bank ereignet hat?

Wir haben als sozialistische Kuratoren gewisse Unzulänglichkeiten, Schwachstellen und Entwicklungen aufgezeigt, wo wir um das Schicksal der Hypo-Bank echt in Sorge gewesen sind. Wir haben in Kuratoriumssitzungen immer wieder auf die Mißstände hingewiesen. Herr Regierungskommissär, Du bist Zeuge gewesen. In einigen Fällen haben wir gefragt, was sagt der Regierungskommissär dazu? Kopfschütteln und Achselzucken war die Antwort! Das war uns allerdings zu wenig.

Wir haben dann einen Minderheitsbericht gemacht und die einzelnen Fakten aufgezählt, immer wieder mit der Überlegung, die Situation im zuständigen Kuratorium doch bewältigen und die Übelstände ausräumen zu können. Wir haben diesen Minderheitsbericht am 18. September dem Vorsitzenden des Kuratoriums übergeben in der Überlegung, daß man darüber reden sollte. Es ist zu dieser Aussprache nicht gekommen. Die ÖVP-Mehrheit — Sie waren sich untereinander nicht einig —, aber die Mehrheit der ÖVP-Fraktion hat es nicht für notwendig gefunden, über diese Fakten, die hier belegt waren, zu reden.

So haben wir in der Folge im Bewußtsein unserer Verantwortung den Minderheitsbericht erst am 30. Oktober allen Regierungsmitgliedern zugesandt. Die Landesregierung hat dann an das Kuratorium die Aufforderung gerichtet, zu diesem Minderheitsbericht Stellung zu nehmen. Herr Regierungskommissär, Du hast es in Zweifel gestellt, ob es überhaupt vertretbar ist, einen Minderheitsbericht zu erstellen. (*Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Es gibt keinen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen!*) Ja, aber bitte, es hätte auch in Deinem Interesse liegen müssen, Dinge, die unzulänglich sind, aufzuzeigen. Wir haben es dennoch getan, und es ist dann zu dieser Stellungnahme gekommen.

Meine Damen und Herren! Trotz der Fakten, die in diesem Minderheitsbericht dargestellt wurden, hat man sich nicht dazu entschließen können, Mißstände zu beseitigen, sondern hat die Aussage gemacht, daß alles in Ordnung sei und eine Verfehlung oder eine Abwendung von den Rechtsvorschriften nicht erkennbar ist. Ja, meine Damen und Herren, wenn man bemüht ist, anstehende Probleme, schlagende Geschäfte in einem solchen Geist aus dem Weg zu räumen, dann kann man sehen, mit welcher Offenheit, mit welchem Bemühen, mit welcher Bereitschaft die ÖVP-Fraktion darangegangen wäre, die Dinge im eigenen Kreis aus der Welt zu schaffen. Wir waren nicht begeistert, meine Damen und Herren, glauben Sie uns das; wir haben den Weg in das Hohe Haus nur deshalb gewählt, weil uns keine andere Möglichkeit mehr übrig geblieben ist. Ich stelle an Dich, Herr Regierungskommissär, die Frage: Wenn nicht wir von der sozialistischen Fraktion, wer hätte denn das aufgezeigt, was alles passiert ist? Wielange hätte das noch weitergeglost, bis es zu einer Flamme geworden wäre, wo gewisse Dinge nicht mehr abwendbar gewesen wären? (*Landeshauptmann Maurer: Der Rechnungshof bitte!*)

Herr Landeshauptmann! Da haben es schon die Spatzen von den Dächern gepfiffen, als

Sie gemeint haben, der Rechnungshof solle prüfen. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit feststellen. *(Landeshauptmann Maurer: Das stimmt auch nicht, was Sie jetzt sagten!)* Ich muß ausdrücklich sagen, Herr Landeshauptmann, wir sind nicht so eitel, aber es müßte den sozialistischen Kuratoren eine Rettungsmedaille dafür überreicht werden, daß die Landes-Hypo jetzt doch einen neuen Weg geht. Es wurde ja heute schon darauf hingewiesen: Mit der Bestellung des neuen Generaldirektors beginnt sich allmählich ein neuer Boden zu legen. Das kann aber nicht dazu verleiten, daß man Geschehnisse, die eben vorhanden sind, mit Entschuldigungen, mit Beschwichtigungen aus der Welt schafft. *(Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Aber nein, das will ja keiner!)*

Deshalb, meine Damen und Herren, glaube ich, daß diese Diskussion, die heute im Niederösterreichischen Landtag geführt wurde, gewiß einen Beitrag dazu leistet, daß man in der Hypobank, nachdem ein junger, neuer Direktor gewisse Agenden auszuführen hat, neue Wege beschreitet, daß man wieder so berichtet, Anträge so behandelt, wie es früher einmal der Fall gewesen ist und wie es leider nicht mehr, seit Jahren nicht mehr, passiert. Wenn der Herr Regierungskommissär in einem ORF-Interview erklärt hat, ziemlich abwertend, na es ist nicht so tragisch, es wird von der Hypo-Bank zwar viel gesprochen, aber es ist nicht so tragisch, denn zu 99% gehen diese Geschäfte gut, nur 1% geht halt daneben *(Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: 13 Milliarden, wieviel sind es denn?)*, dann kann ich Dir nur sagen, Herr Regierungskommissär, Dein Vergleich in Deiner Rede mit anderen Risikofällen geht total daneben. Hier hat es eben Fälle gegeben, die erkennbar zu Risiken geworden sind.

Ich vergleiche das mit einer ganz logischen Überlegung. Wenn jemand von ganz weither um Geld zu uns kommt, dann muß man sich immer fragen, warum macht er den weiten Weg, warum sucht er nicht mit einer Bank im Einzugsgebiet Kontakt? Es soll sich aber herumgesprochen haben, daß man dort als Kunde nicht mehr gefragt war. *(Landeshauptmannstellvertreter Ludwig: Bin ganz Deiner Meinung. Da sind wir uns einig!)* Bei uns hat man sich halt keine Gedanken oder nur wenig Gedanken gemacht und gemeint, das seien gute Kundschaften. Was sie wirklich sind, hat man ja dann gesehen.

Ich glaube daher, um zu einem Abschluß zu kommen, meine Damen und Herren, wir sollten jetzt alle gemeinsam bemüht sein, hier einmal die Dinge klar und ungeschminkt auf den Tisch zu legen, um zu unterscheiden, was

rechtens ist und was passiert ist, daraus aber die Konsequenzen ziehen, und, wie gesagt, einen neuen Boden legen, damit wieder ein frischer Wind in die Landes-Hypothekenbank einzieht, denn nichts brauchen wir für die Zukunft dringender und notwendiger, um der Bank wieder jenes Ansehen zu geben, das sie einmal gehabt hat, damit ein Vertrauensverhältnis unserer Kunden zu dieser Bank erreicht wird.

In diesem Sinne, glaube ich, hat die heutige Landtagsdebatte einen sehr wesentlichen Beitrag geleistet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum Wort gelangt der Abg. Ing. Kellner.

Abg. Ing. KELLNER: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 8. Juni 1978, als der Ankauf des Bürogebäudes Operngasse zur Diskussion stand, habe ich meine Ausführungen folgendermaßen eingeleitet:

„Wenn ein gutgläubiger Mensch bis vor Beginn der heutigen Sitzung nicht gewußt hätte, wie sich die Dinge in den kommenden Wochen und Monaten im Lande entwickeln sollen, wenn er jenen nicht glaubte, die sagen, daß im kommenden Wahlkampf die beiden Spitzenmänner der Österreichischen Volkspartei, Landeshauptmann Maurer und Landeshauptmannstellvertreter Ludwig, vernaddert werden sollen bis zum letzten, ich glaube, der muß doch heute, wenn er hier zugehört hat, ganz klar erkannt haben, wohin die Katze läuft.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr betrübt, daß ich mit meiner damaligen Aussage recht gehabt habe. Wir erinnern uns an den Wahlkampf, was Sie da alles vorgezogen haben und wie Sie die Politiker und verantwortlichen Männer der Österreichischen Volkspartei in den Dreck gezogen haben. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das geht so weiter. Seit dem 23. März des vergangenen Jahres können wir feststellen, daß alle Maßnahmen, die hier von der sozialistischen Fraktion spektakulär in den Raum gestellt werden, nur die eine Richtung einschlagen, die Spitzenpolitiker der Österreichischen Volkspartei herabzusetzen, um versöhnliche Worte, wo man zu Tränen gerührt wird, zu sagen, so wie Kaiser vorhin geschlossen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich vom Beginn der heutigen Sitzung an auf der Galerie sitzen würde, dann müßte ich mich fragen: Ja, was wird denn da für schlechtes Theater gespielt? Primmersdorf, vorher Bürgermeister Vetter in der Gemeinde Waidhofen an der Ybbs, heute Landes-Hy-

pothekenbank, so geht das weiter. Immer wieder werden Männer der Österreichischen Volkspartei herabgesetzt, wird ihnen etwas unterstellt, um in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, daß die Österreichische Volkspartei in diesem Land für jene Dinge verantwortlich sei, wo es Schwierigkeiten gibt. Bis heute habe ich keinen Gang in der Richtung gesehen — hier muß ich das unterstützen, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter Ludwig gesagt hat —, um gemeinsam zu überlegen, wie die Schwierigkeiten in diesem Land zu bewältigen sind. Das sind doch Fakten, die leicht beweisbar sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch im Bereich der Operngasse wurde heute sehr eingehend darauf Bezug genommen, daß all das, was Sie vor zwei Jahren in den Raum gestellt haben, überhaupt nicht gestimmt hat. Ich weiß nicht, von wo jene Leute, die erklären, daß die Funktionsfähigkeit des Gebäudes nicht in Ordnung ist, das hernehmen. Ich habe von niemand Ernstzunehmenden bisher gehört, daß die Räumlichkeiten in der Operngasse nicht jenen Anforderungen entsprechen, wie wir sie uns vorstellen. Das Gegenteil ist der Fall. Wissen Sie, was es heute bereits für Vorwürfe gibt, in Bankkreisen und Versicherungskreisen? Es gibt Vorwürfe, daß die Landes-Hypothekenanstalt die Operngasse seinerzeit nicht selber übernommen hat, sondern sie zu diesem Preis dem Land Niederösterreich überließ. Diese Vorwürfe kann man auch schon heraushören. Das ist doch nur ein Beweis dafür, Kollege Lechner, daß das Geschäft, das die Österreichische Volkspartei in dem Land angeregt hat, nämlich das Bürogebäude in der Operngasse zur Sanierung unserer Raumbedürfnisse anzukaufen, kein schlechtes, sondern ein gutes war.

Auch wenn Sie sich noch so sehr bemüht haben, hier gesellschaftsrechtliche Zusammenhänge aufzuzeigen, die uns, auf gut deutsch gesagt, vorne und hinten nichts angehen, dann ist es eben nur ein Beweis dafür, daß Sie anscheinend nach wie vor auf der Suche nach jenen 100 Millionen Schilling sind, die, wie Sie der Öffentlichkeit erklärt haben, die Österreichische Volkspartei in diesem Zusammenhang dem Lande verspielt hätte. Das sind doch die Fakten, wie sie daliegen. Oder hätten wir Ihren Rat annehmen sollen, den Minoritenplatz besser zu verwerten?

Ich erinnere daran, daß es Landeshauptmannstellvertreter Czettel war, der den Vorschlag gemacht hat, den Minoritenplatz als Park der Republik einzurichten. Ich darf in Erinnerung rufen, daß das geschehen ist. Damals hat der Bürgermeister von Wien erklärt, das wäre der teuerste Park der Welt, das gan-

ze sei eine Schnapsidee! Das stammt weder von einem Funktionär der Österreichischen Volkspartei noch vom Klub der ÖVP, sondern kann bitte nachgelesen werden. Sehen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das, was einen in diesem Zusammenhang so betrüben muß, daß nämlich auf Grund Ihrer Handlungen bei der österreichischen Bevölkerung der Eindruck entstehen muß, daß dieses Land schlecht regiert wird, daß dieses Land von Männern regiert wird, die nichts anderes im Sinn haben, als zu Lasten der Bevölkerung für die Österreichische Volkspartei oder für andere Organisationen Geschäfte zu machen. Das wurde auch dem zuständigen Landesrat bei der letzten Debatte unterstellt. (*Abg. Stangl: Was kann da der Landesrat dafür?*)

Na selbstverständlich wurde das unterstellt! Es sind 10.000 Schilling als Bestechungsgelder genannt worden. Das sind die Beweise für jene Aussprüche, die Sie hier tätigen. Daß Sie sie nicht antreten wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist wieder eine andere Angelegenheit. Ich darf Sie daher um eines ernstlich bitten, meine sehr verehrten Damen und Herren! Überlegen Sie sich Ihre Vorgangsweise. Überlegen Sie sich Ihre Vorgangsweise, ob wir uns nicht doch zu einem gemeinsamen Gang finden sollten, zu einem gemeinsamen Vorgehen finden sollten, um die wichtigen Probleme dieses Landes zu lösen. Wir haben nicht von ungefähr bei der Wahlwerbung für die letzten Landtagswahlen das Wort „gemeinsam“ gebraucht, um auch nach außenhin zu dokumentieren, (*Abg. Stangl: Nur nach außen!*) daß wir auch in Hinkunft Interesse daran haben, die schwierigen Probleme dieses Landes mit allen, die guten Willens sind, zu lösen.

Wenn hier gesagt wurde, es muß das Recht der Minderheit und das Recht eines Abgeordneten sein, Mißstände aufzuzeigen und dort, wo keine Klarheit besteht, zu versuchen, durch Anfragen zu einer solchen zu kommen, so, meine sehr verehrten Damen und Herren, widersprechen wir dem gar nicht. Sehr klar und deutlich hat hier Dr. Bernau in dieser Richtung seine Ausführungen getätigt und erklärt: Sollte irgendwo etwas passiert sein, dann wird man diese Dinge selbstverständlich bereinigen. Kein Mensch der Österreichischen Volkspartei ist daran interessiert, sich in irgendeiner Form dagegengzustellen. (*Abg. Lechner: Ist jetzt etwas passiert oder nicht?*) Lieber Kollege Lechner! Es fällt mir in diesem Zusammenhang der Wilhelm Busch ein: „Man merkt die Absicht und ist verstimmt!“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geht nämlich schon seit zwei Jahren so, und das

darf man doch nicht unterschätzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf Sie wirklich darauf hinweisen, Sie sind nämlich falsch informiert, wenn Sie glauben, daß diese Dinge in anderen Bundesländern nicht bewertet werden, vor allem daß Ihre Haltung oft auch in Ihren eigenen Reihen kaum Verständnis findet. Auch bei unserer niederösterreichischen Bevölkerung werden Sie es wahrscheinlich in Hinkunft schwer haben zu beweisen, daß Sie für eine entscheidende Weichenstellung mitverantwortlich waren, wenn Ihre bisherigen Hauptinteressen darauf ausgerichtet waren, den Landeshauptmann Maurer und den Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig zu beschuldigen, daß sie nicht jene Arbeit leisten, die sie für unsere niederösterreichische Bevölkerung leisten müßten. Das steht doch immer wieder im Raum und klingt in jedem zweiten Satz durch.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einmal: Ich habe weder die Absicht, noch bin ich in der Lage, zum gegenständlichen Zeitpunkt zu Sachproblemen in der Hypo Stellung zu nehmen. Lieber Kollege Lechner, Sie brauchen nicht lachen darüber, denn der Vorwurf, den Sie dem Herrn Dr. Bernau gemacht haben und durch Ihr Lachen jetzt mir machen, beweist mir doch, daß Sie zu entsprechenden Unterlagen in der Landes-Hypo, die uns als Außenstehenden nicht zur Verfügung stehen, Zugang haben, denn wo wollen Sie Ihre Unterlagen herhaben, daß Sie sich hier als Fachsprecher aufspielen? Ich möchte sehr deutlich hier sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ja der Grund, warum wir im Sachbereich nicht in der Lage sind, Aussagen zu machen. (*Abg. Lechner: Der Dr. Bernau hat etwas von Bankgeheimnis gesagt!*)

Wir wären in der Lage, Aussagen zu tätigen, wenn es sich um einen uns vorliegenden Rechnungshofbericht handeln würde. Aber in der derzeitigen Situation können wir höchstens auf das zurückgreifen, was der Kollege Kaiser hier in Andeutungen von sich gegeben hat. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollte ich Ihnen in aller Freundschaft sagen. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) In aller Freundschaft sagen, überlegen Sie sich den Weg, den Sie gehen. Gehen Sie (*Abg. Stangl: Sei brav!*) mit uns bei der Lösung jener Probleme, die der Landeshauptmannstellvertreter Ludwig hier als die nächsten und wichtigsten Probleme für unser Bundesland Niederösterreich aufgezeigt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Zum

Worte gelangt Herr Landeshauptmann Maurer.

Landeshauptmann MAURER: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur zu einigen aufgeworfenen Fragen ganz kurz Stellung beziehen. Ich glaube, es war an sich gar nicht schlecht, in der Diskussion die Wertigkeiten abzuschätzen, in welche Richtung das Ganze führt und was wirklich real zugrunde liegt. Dabei möchte ich vorausschicken, daß ich, als nach der Anfragebeantwortung gesagt wurde, alles sei in Ordnung, versucht habe aufzuzeigen, wer im wesentlichen wofür zuständig ist. Natürlich kann man davon ableiten, wie Sie es wollen oder glauben, tun zu müssen, der Landeshauptmann sei für alles verantwortlich — wäre ja schön —, das heißt die Landesregierung bzw. der Vorsitzende der Landesregierung. So weit, so gut, aber dafür gibt es ja eine Geschäftseinteilung, und diese Geschäftseinteilung weist klar die Bereiche zu. Sie weist auch klar zu, wo die Verbindung hergestellt wird und welche Verantwortung damit verbunden ist. Das ist mir bekannt, und — die Regierungsmitglieder werden es bestätigen — Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig hat als Aufsichtskommissär der Regierung berichtet, und in letzter Konsequenz, wo gewisse Unterlagen vorhanden waren, sogar sehr umfangreich berichtet.

Herr Abg. Leichtfried, ich weiß nicht recht, ob die Worte passend sind, wenn man so schlechthin und irgendwie doch auf meine Person gemünzt behauptet, hier sollen Personen geschützt werden. Ich stelle mich vor alle Personen und schütze sie, wenn man nicht den Nachweis einer Beschuldigung erbringen kann. Nur mit vagen Verdächtigungen werden Sie von mir nicht verlangen können, daß Maßnahmen gesetzt werden. (*Abg. Leichtfried: Das verlangen wir auch nicht! — Beifall bei der ÖVP.*)

Nun gehen wir gleich zum gegenständlichen Punkt, gehen wir zur Hypo. Eine ganze Menge der Feststellungen oder überhaupt, die Feststellungen waren doch so, daß man nirgendwo ableiten konnte, daß hier ein Schuldiger ist und eine echte Maßnahme personell zu setzen ist. Zum Zeitpunkt der ganzen Diskussion war ja bereits der Rechnungshof in der Hypo, bzw. wurde ich schon vor Monaten durch ein Schreiben von Präsident Kandutsch verständigt, daß der Rechnungshof beabsichtige, die Hypo zu überprüfen. Es sind einige Monate vergangen, und ich war der Auffassung, der Rechnungshof sei bereits in der Hypo. Dann bekam ich im Herbst von Präsident Kandutsch neuerlich ein Schreiben, der Rechnungshof werde die Hypo prüfen. Ich war an

sich sehr erstaunt, weil ich der Auffassung war, die Dinge seien bereits im Gange.

Damals hat dann die Prüfung tatsächlich begonnen, und ich habe den sogenannten Minderheitsbericht, der ja rein geschäftsordnungsmäßig oder satzungsmäßig, wie Sie wollen, sicherlich nicht gedeckt ist, zur Kenntnis genommen, als verschiedene Dinge vorgelegen sind, und auch den offiziellen Bericht des Kuratoriums. Ich habe diese beiden Berichte persönlich dem Präsidenten Kandutsch übergeben, und zwar mit dem Ersuchen, da die Prüfung der Hypo gerade durch den Rechnungshof vorgenommen wurde, zu veranlassen, daß die Fakten, die hier aufgezeigt werden, vorzeitig geprüft werden und mir sofort Mitteilung zu machen, wenn unter Umständen sofortige Maßnahmen zu setzen sind. (*Abg. Dr. Bernau: So ist es korrekt! So gehört es!*) Wie bitte? Herr Präsident Kandutsch hat mir zugesichert, daß ich, wenn es notwendig ist, Mitte April einen Zwischenbericht bekommen werde. Ich habe weder eine Benachrichtigung bekommen, daß sofortige Maßnahmen zu setzen sind, noch habe ich bis dato einen Zwischenbericht in Händen, das heißt, es waren offensichtlich keine Fakten vorhanden, die von meiner Seite ein sofortiges Eingreifen erfordert hätten.

Unabhängig davon, bin ich natürlich der Verpflichtung nachgekommen, die personelle Besetzung auf Grund des Ausscheidens von Generaldirektor Otta vorzunehmen und nach einem Gespräch mit dem neuen verantwortlichen Vorsitzenden des Vorstandes unabhängig vom Rechnungshofbericht doch jene Maßnahmen zu setzen, die erforderlich sind. Diese Dinge waren voll im Gange, und heute wird manches bereinigt. (*Abg. Wedl: Dann muß etwas gewesen sein!*) Ja, da lag sicherlich einiges vor — es hat ja niemand behauptet, das darf ich sagen, daß überhaupt nichts vorgekommen ist —, allerdings nicht in der Form, daß ein sofortiges Eingreifen oder eine Kontrolle des Rechnungshofes notwendig war, aber gewiß wird der Rechnungshofbericht zeigen, wo Mängel festzustellen sind.

Sicherlich war auch das Einschreiten des Finanzministeriums einer dieser Wege, um aufzuzeigen, daß die Dinge überspielt waren, und vor allem, darf ich das auch sehr offen sagen, war ich eigentlich einigermaßen überrascht, als man hier die Feststellung machte, in dieser Bank seien Kredite gefährdet, wo doch offensichtlich bekannt ist, auch im Finanzministerium, daß ja das Land die Haftung trägt. Das heißt, hier kann kein einziger Kredit, weder von Kreditnehmern noch von Sparern, gefährdet sein, weil ja das Land die Haftung trägt. Unabhängig davon, ob das Land irgend-

wo zum Zahlen käme oder nicht, ist der Sparer in keiner Weise gefährdet! Diese Behauptung lag schon irgendwie am Rande einer Feststellung, die man in diesem Zusammenhang gemacht hat. Das werden Sie sicherlich zugeben.

Sie dürfen also eines sicher sein: Ich habe — der Abg. Dr. Bernau hat es hier erklärt — vor ungefähr 14 Jahren von dieser Stelle aus gesagt, ich werde keinen Menschen schützen, wer immer es ist, im Landesbereich oder soweit meine Kompetenzen reichen, wenn feststellbar ist, daß eine Handlung begangen wurde, die ein Eingreifen erfordert. Ich habe damals erklärt, daß ich überall dort eingreifen werde, wo Maßnahmen erforderlich sind — ich habe andere Worte gebraucht, vielleicht etwas drastischere — und habe gesagt: „Bei uns im Bäuerlichen heißt es, wenn man einen Stall neu benützt, dann muß man zuerst ausmisten und alles mit neuem Stroh versehen, dann können die Dinge richtig weitergehen.“

Das kann man aber erst zu dem Zeitpunkt, es war sehr drastisch gesagt, wo Fakten vorliegen, wo Fakten aufgezeigt werden und wo ein Eingreifen erforderlich ist. Aber, meine Damen und Herren, wer kennt denn die Dinge wirklich besser als der Vorstand, der ja dazu berufen ist, der ja alle Fakten an sich ziehen kann, um sie zu durchleuchten. Oder die Kontrolle. Und hier, wer könnte sie besser vornehmen als der Rechnungshof; der Rechnungshof, der die Überprüfung vorgenommen hat, und die Fakten werden ja dann nach Fertigstellung seines Berichtes vorliegen.

Jetzt noch etwas, meine Damen und Herren, das immer mit der Hypo in Zusammenhang gebracht wird — sicherlich bestehen Zusammenhänge —, das ist der Kauf der Operngasse. Hier befinden Sie sich, meine Damen und Herren der Linken, im Irrtum! Hier ging es um ein Haus, das zu kaufen war, unabhängig davon, welche Verträge mit wem immer vorher vorlagen. Ich weiß es nicht, welche Personen es waren, die vorher über diese Dinge verfügt haben, welche Werksverträge oder Mietverträge oder was immer bestanden hat. Wir haben ein Haus gekauft, schlüsselfertig, bezugsfrei, um 355 Millionen Schilling, und wir vom Land, wir haben einen Grund verkauft. Sie können es jetzt nennen den „Garten vorm Haus“. Wenn ich ein Haus kriege für ein Hausgärtel, das ich vorne habe, und ich brauche es nicht mehr, dann werde ich diesen Tausch oder diesen Kauf auch vollziehen. Herr Abg. Lechner, darf ich Ihnen das sagen. So nach alter, bäuerlicher Manier sage ich das, denn das ist Gepflogenheit, und so war es auch hier.

Nennen Sie mir heute einen, der imstande ist, ein Haus um 355 Millionen Schilling zu kaufen, wo über tausend Beschäftigte ordnungsgemäß untergebracht sind! Meine Damen und Herren von der Linken! Unsere Personalvertreter vertreten sehr wohl ihre Schäflein, für die sie die Verantwortung tragen, und prüfen diese Dinge kritisch. Ich darf Ihnen sagen, die Beamten in diesem Hause drüben sind an und für sich zufrieden, sogar sehr zufrieden, mit den Räumen, mit den Arbeitsbedingungen, mit den Arbeitsmöglichkeiten, und wir konnten letzten Endes unsere räumlichen Probleme lösen. Wir konnten sie sogar so lösen, daß selbst die Damen und Herren Abgeordneten mit ihren Klubs in den Genuß dieser Möglichkeiten kommen können. Selbstverständlich, ist kein Vorwurf! Ich stelle nur fest, daß die Lösung all dieser Fragen mit diesem Ankauf für den Betrag von 355 Millionen Schilling möglich war.

Sehen Sie, das ist die Wahrheit, das ist die Grundlage und das sind die Fakten, die heute vorliegen. Ich lade Sie gerne zu einer Besichtigung ein. Sagen Sie mir einen Tag, den Sie wünschen, und ich führe Sie durch dieses Haus. Sie können selbstverständlich mit den Beamten auch so jederzeit reden. Das sind Dinge, die ich auch hier sagen wollte.

Nun abschließend, ich betone nochmals, in meinem Bericht kommt mit keinem Wort zum Ausdruck, daß alles in Ordnung ist, sondern ich habe versucht aufzuzeigen, daß es Organe gibt, die zuständig sind, in deren Rahmen die Dinge durchgeführt werden müssen, und falls es notwendig ist, da können Sie auch sicher sein, werden Maßnahmen gesetzt werden. Auf Grund des Rechnungshofberichtes, werde ich nicht zögern, diese Maßnahmen durchzuführen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT REITER: Die Debatte ist geschlossen. Bei der Verhandlung wurde von Abg. Dr. Bernau der Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen. Abg. Lechner hat dagegen den Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Ich lasse zunächst über den Antrag, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen, abstimmen.

(Nach Abstimmung über diesen Antrag): Angenommen.

Ich lasse nunmehr über den Antrag, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen, abstimmen.

(Nach Abstimmung über diesen Antrag): Abgelehnt.

(Rufe im Hause.) Ich warte, bis sich die Damen und Herren beruhigt haben.

Gemäß § 35 Abs. 7 der Geschäftsordnung haben die Abgeordneten Manndorff, Auer, Romeder, Dipl.-Kfm. Höfinger, Kurzbauer, Dipl.-Ing. Molzer, Amon, Dr. Bernau, Diettrich, Rozum und andere schriftlich verlangt, daß über die Beantwortung der Anfrage, Landtagszahl 190/1, in der nächsten Sitzung eine Debatte stattfindet.

Da der Landtag hierüber gemäß § 35 Abs. 8 Landtagsgeschäftsordnung ohne Debatte zu entscheiden hat, bitte ich jene Mitglieder des Hauses, welche für diesen Antrag stimmen wollen, die Hand zu erheben: Angenommen.

Gemäß § 35 Abs. 7 der Geschäftsordnung haben die Abgeordneten Reiter, Fidesser, Dr. Bernau, Ing. Kellner, Prokop, Rabl, Spiess und andere schriftlich verlangt, daß über die Beantwortung der Anfrage, Landtagszahl 181/1, in der nächsten Sitzung eine Debatte stattfindet.

Da der Landtag hierüber gemäß § 35 Abs. 8 Landtagsgeschäftsordnung ohne Debatte zu entscheiden hat, bitte ich jene Mitglieder des Hauses, welche für diesen Antrag stimmen wollen, die Hand zu erheben: Angenommen.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Es werden sogleich nach dem Plenum der Finanzausschuß, der Kommunalausschuß ihre Nominierungssitzungen im Herrensaal abhalten.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Weg bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 14.14 Uhr.)